

Die „Volkswacht“
erscheint wöchentlich 6 Mal
und ist durch die
Abteilung Neue Graupenstr. 2/6,
aus dem Redaktionsbüro zu beziehen.
Preis vierteljährlich Mk. 2.50,
pro Woche 80 Pf.
Durch die Post bezogen Mk. 2.50,
incl. des Postz. Mk. 2.50,
bei Fernsendung Mk. 3.00.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Unterstützung durch die
Kolonien- oder Fern-Nummern
25 Pfennig.
Für Arbeitsmarkt, Vertriebs- und
Verwaltungszwecke
15 Pfennig.
Kundenzahl: 1200 bis 1500
Anzeige für die nächste Nummer
während des Vormittags 1 Uhr in der
Erpedition abgegeben werden.

Telephon
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 72.

Freitag, den 26. März 1909.

20. Jahrgang.

Das Proletariat auf dem Lande.

Jede neue Veröffentlichung aus den Hauptergebnissen der landwirtschaftlichen Betriebszählung bringt weitere Beiträge für die tiefere Veranschaulichung der Großgrundbesitzer durch unsere auf hohe agrarische Zölle basierte Handelsverträge. Auch die soeben amtlich bekannt gegebenen „Ermittlungen über die Benutzung der Flächen der Landwirtschaftsbetriebe in Preußen 1907“ zeigen das gewaltige Übergewicht einer im Verhältnis zur Gesamtzahl lächerlich geringfügigen Zahl von Großgrundbesitzern hinsichtlich der Versorgung des Marktes und damit das überwiegende Interesse, das diese Handvoll Großagraren an hohen Getreidepreisen hat. Es ist selbstverständlich, daß diejenigen Landwirtschaftsbetriebe die nur hier fast nur für den Eigenbedarf des Bewirtschafters in Betracht kommen, von hohen Inlandpreisen für Landprodukte keinen oder fast keinen Nutzen haben. Sofern sie die in der Eigentumschaft nicht erzielten notwendigen Lebensbedürfnisse dazu kaufen müssen, leiden sie sogar direkt unter der Verteuerung dieser Produkte durch den Zollschutz. Nun hebt die amtliche Statistik selbst hervor, daß die „kleineren Betriebe... ihr Land ausschließlich oder vorwiegend zur Deckung des eigenen Bedarfs“ bauen, während „die größeren Betriebe ihre Ergebnisse ganz überwiegend für den Handelsvertrieb gewinnen“.

Für die hier also auch von amtlicher Seite anerkannte Bedeutungslosigkeit der kleinen und kleinsten Betriebe für die Marktvorsorgung bietet folgende Statistik über die Bestellung der Anbauflächen nach Fruchtarten. Von je 100 Hektar der mit den einzelnen Fruchtarten bestellten Flächen entfielen 1907 in Preußen:

	Unter 1/2 Hektar	1/2 bis unter 2 Hektar	2 bis unter 5 Hektar	5 bis unter 20 Hektar	20 bis unter 100 Hektar	Über 100 Hektar
Weizen	0,14	1,30	4,21	21,87	31,95	40,67
Spelz	0,27	4,62	25,80	55,30	19,30	0,71
Roggen	0,44	3,90	9,37	32,01	30,57	23,71
Gerste	0,38	2,65	6,00	23,98	32,16	34,81
Haber	0,22	2,31	7,62	30,65	34,76	24,44
Wintergerste	0,11	1,21	4,07	19,44	31,37	43,80
Kartoffeln	5,12	9,68	11,69	26,28	20,74	26,49

Diese Tabelle ist für die Beurteilung unserer landwirtschaftlichen Eigenproduktionen von entscheidender Bedeutung. Die Kleinbetriebe bauen vorzugsweise Kartoffeln an, und zwar, wie schon aus der geringen Größe des zur Verfügung stehenden Landes zu schlußfolgern ist, in der Hauptfache für den Eigenbedarf. Die Kartoffel ist das traditionelle „Brot des armen Mannes“. Rübenrüben, die vornehmsten Objekte der agrarischen Zollgesetzgebung, liefern die Kleinbetriebe, wenn überhaupt, dann nur in geringfügigen Quanten an den Markt. Geringe entfallen auf die relativ sehr wenigen großen und größten landwirtschaftlichen Betriebe über 54 Prozent der mit Roggen, 59 Prozent der mit Haber, 67 Prozent der mit Gerste und 72 Prozent der mit Weizen bestellten Anbaufläche! Man darf nunmehr auf Grund der amtlichen Zählung ruhig die Behauptung aufstellen, daß mindestens 55 Prozent der Landwirte, das heißt die den beiden untersten Betriebsgrößengruppen angehörenden, überhaupt keinen Nutzen von den Getreidezöllen haben, sondern auch ihnen ihr Brot durch die Brotkornzölle verteuert wird. Wenn man sagt, mindestens 55 Prozent, so ist damit durchaus nicht zuviel behauptet. Das landwirtschaftliche Proletariat ist mit dieser Zahl noch nicht ganz erfasst.

Eine wertvolle Ergänzung erfährt diese Statistik noch durch die ebenfalls jetzt publizierten Erhebungen über den selbständigen Anteil der Landarbeiter und ländlichen Tagelöhner in Preußen an der Bodenbewirtschaftung. Betriebe, die von Landarbeitern und ländlichen Tagelöhnern selbstbewirtschaftet wurden, sind am 12. Juni 1907 gezählt worden:

Größenklassen (nach der Anbaufläche)	Betriebe überhaupt	Gesamte Fläche Hektar	Anbaufläche Hektar	Confession Fläche Hektar
unter 0,1 Ar	19	0,00	0,00	0,00
0,1 Ar bis unter 2 Ar	4.898	66	42	24
2	14.822	654	453	201
5	109.031	13.248	12.107	1.231
20	159.779	51.215	48.478	2.788
50	88.585	60.961	56.967	3.991
1 Hektar	2	49.424	73.123	66.602
2	14.563	39.218	34.889	4.379
3	6.080	23.601	20.767	2.834
4	2.772	18.829	12.221	1.598
5	2.552	18.727	16.151	2.575
10	16	222	186	86
Zusammen	443.051	236.164	268.728	26.442

Da überhaupt eine landwirtschaftlich benutzte Fläche von 20,9 Millionen Hektar ermittelt wurde, so wissen wir nun, daß hiervon dem millionenköpfigen Heer der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter nur 1,4 Prozent zur Eigenbewirtschaftung zur Verfügung stand! Wieviel davon obenrein nur gepachtet war, geht aus der Statistik nicht hervor. Auch von diesen bessergestellten Landarbeitern hat also nur der kleinste Teil von den Agrarzöllen einen Nutzen. Um aber die Verteilung „auf dem Lande“ recht sinnfällig zu machen, sei noch folgende Gegenüberstellung wiedergegeben. Es standen zur Verfügung:

443.051 Landarbeitern 268.728 Hektar Anbaufläche, 18.968 Großgrundbesitzern 4.982.388 Hektar Anbaufläche.

Außer diesen 443.051 Landarbeitern und Tagelöhnern mit kleinen Kartoffelfeldern stehen den 18.938 Großgrundbesitzern aber noch mehrere Millionen landwirtschaftliche Proletarier ohne einen Hektar Land gegenüber. Diese trassen Besitzverhältnisse erinnern lebhaft an die Agrarzustände im altrömischen Reich kurz vor seinem Zusammenbruch. Auch bei uns befindet sich die Hauptmasse des Bodens im Besitz einer geringfügigen Minderheit, die alle Vorteile der agrarischen Gesetzgebung in vollen Zügen genießt, während die millionenköpfige Schaar der ländlichen Proletarier sich mit einem kläglichen Bruchteil des Ackerlandes begnügen muß.

Die Sozialdemokratie gegen den Krieg.

Im österreichischen Abgeordnetenhaus sprach im Namen unserer Fraktion der tschechische Genosse Soukup-Prag gegen die Kriegspolitik. Er sagte unter anderem:

Das Schrecklichste aber ist, daß die Entscheidung über ihr Geschick, über Leben und Tod, über die Zukunft Europas nicht in den Händen der Welt er selbst liegt. Die Entscheidung über Leben und Tod von Millionen ist im jüngsten Jahrhundert in den Händen von Autokraten geblieben, ohne Rücksicht, ob sie von Gottesgnaden oder von Mörderhand auf den Thron gesetzt sind. Wir stehen vor der Möglichkeit eines Weltkrieges mit den unvorstellbaren Konsequenzen für die ganze Menschheit. Die Mobilisierung wird im Eilzugtempo durchgeführt. Tausende und Tausende Söhne unseres Volkes stehen an der russischen Grenze und immer neue Transporte werden hingeschickt. In einem solchen Moment fragt das arbeitende Volk, was das Parlament tut, um den schwersten Folgen vorzubeugen? Wenn sich zahlreich Abgeordnete und die größten Parteien zur Rolle passiver Zuschauer herabdrücken lassen: die Sozialdemokraten werden sich nicht zu krummen Werkzeugen der militärischen Diktatur und sie werden den österreichischen Parlamentarismus nicht zu einem Vorparlament des Ministeriums für gemeinsame Angelegenheiten machen lassen.

Es sind in erster Reihe die agrarischen Stützen Österreichs, die den Oesterreicherhaß in Serbien geweckt und genährt haben und durch die die großserbische Propaganda dort fruchtbar wurde. Außerdem haben in Serbien stets die dynastischen Interessen das öffentliche Leben dieses Landes ausgefüllt und auch im gegenwärtigen Moment steht die dynastische Frage nicht in letzter Linie. Je mehr die österreichischen Sozialdemokraten die Entwicklung und den Emanzipationskampf des serbischen Proletariats begrüßen, desto mehr sind sie, wenn sie die serbischen prokuratorischen Interessen bedroht sehen, verpflichtet, das serbische Proletariat davor zu bewahren, daß es durch das unerbittliche Treiben verantwortungsloser Selbstverderber und in den Selbstmord getrieben werde. Auch der Übermut und das Verbrechen auf Königschronen hat seine Grenzen. Die Zukunft Serbiens liegt nicht in einem kriegerischen Abenteuer, sondern einzig und allein in ruhiger Kulturarbeit und in der Solidarität mit den anderen Kulturvölkern der Donauflation, und das Lösungswort des Kampfes des serbischen Volkes darf nicht heißen: Krieg mit der Dynastie an der Spitze, sondern: Krieg gegen die Dynastie, solange diese Dynastie durch ihr wahrheitsgemäßes Handeln das Volk in den Abgrund zu stürzen gewillt ist. Die serbische Sozialdemokratie hat bereits die Aufklärungsarbeit im serbischen Volke aufgenommen und die österreichische Sozialdemokratie muß in diesem Augenblicke des Genossen Kozlovski denken, der in der Stupschina unter den schwierigsten Verhältnissen den Weg gefunden hat, gegen den Krieg mit Oesterreich zu protestieren. (Beif. Weif.) Die österreichischen Sozialdemokraten begrüßen das organisierte serbische Proletariat und wissen, daß sich, wenn auch längs der Ufer der Drina serbische und österreichische Soldaten gegeneinander aufgestellt sind, über den Bauplatzen dieser Soldaten das serbische und das österreichische Proletariat in dem gemeinsamen Bestreben nach Erhaltung des Friedens und nach Befreiung der Tyrannen dies- und jenseits der Drina die Hände reichen. (Beif. Weif.)

Auch an den Ufern der Newa gibt es internationale Hezer, die offenbar noch nicht genug hat an den Gelassenheiten von Letzen auf den mandtschurischen Schlachtfeldern und gesonnen zu sein scheint, ein neues Verbrechen an Europa zu begehen. Gerade der Zar ist der letzte, der legitimiert wäre, auf dem Balkan Ruhe und Ordnung zwischen den Völkern herzustellen. Er müßte erst Ruhe und Ordnung in Rußland und in Asien schaffen und die Völker Rußlands von dem ungeheuren Druck befreien, unter dem sie jetzt verkrüppelt müssen. Würde Oesterreich in der Gefahr eines barbarischen Angriffes eines auswärtigen Staates schweben, dann würden auch die Proletarier Oesterreichs die Waffen ergreifen, um ihre Heimat und ihr Gut zu verteidigen und alles daranzusetzen, den barbarischen Angriff abzuwehren. Aber darum handelt es sich keineswegs. Die Anexion und was daran hängt ist ein Krieg nicht wert! Das österreichische Proletariat wird und kann nicht zugrunde gehen, wohl aber könnte etwas anderes zugrunde gehen, denn so fest sind die Fundamente europäischer Throne nicht. Vergessen Sie nicht, daß in dem Moment, wo der erste Schuß fällt, eine Erregung durch den ganzen Staat gehen kann, deren Folgen unbeschreiblich sind. Das Ende eines Krieges ist heute unbestimmbar, denn die großen kulturellen Erzeugnisse, die sich die Völker Europas seit dem Deutschfranzösischen Kriege zu eigen gemacht haben, sind auch an Kasernen nicht spurlos vorübergegangen und der Gedankengang unserer Soldaten ist heute ein anderer geworden als er vor einem halben Jahrhundert war. Die Sozialdemokraten drohen nicht, sie konstatieren nur die Tatsachen, und diese Tatsachen warnen den Staat und die verantwortlichen Räte: sie warnen ganz Europa. Wenn man

vor dem Dilemma steht: entweder internationaler Krieg oder internationale Konferenz, so kann die Entscheidung nicht schwer sein. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Oesterreich-Ungarn muß der Plomier des Friedens, der Wohlfahrt und der Freiheit für die Balkanvölker sein. Wir glauben noch immer, daß unser Ruf nach Frieden Beachtung finden und daß Oesterreich-Ungarn ebenso wie die serbische Regierung ihre Pflicht tun wird. Deshalb schreie ich mit dem Rufe: Hoch der Friede! (Lebhafte Beif. bei den Sozialdemokraten.)

Die österreichischen Genossen liefern durch ihren lafferen Kampf gegen den Krieg mitten in einer gefährlichen Situation, mitten unter den verblendeten Fanatikern, ein Beispiel wahren Heldennutes, der nicht der Vernichtung sondern der Erhaltung von Kulturwerten und Menschenglück gewidmet ist. Sie zeigen der Welt, wie ernst es der Arbeiterklasse mit ihren friedlichen Bestrebungen ist und sie bilden sicher gegenüber dem Drängen der Kriegspatrioten ein so erhebliches Gegengewicht, daß schon ihre Anwesenheit und ihre Arbeit die Regierung Mehrentmals vor tollen Streichen bewahrt.

Politische Uebersicht.

Neuer Blockade? — Alte Kanzlerkrise! Im Reichstag verbrachte sich am Spätnachmittag des Mittwochs die Nachricht, der Vorsitzende der konservativen Fraktion von Normann habe dem Vorsitzenden der Nationalliberalen, Bassermann, bestimmt und definitiv erklärt, daß die Konservativen nicht gewillt seien, ferner noch mit der liberalen Blockhälfte zusammen, am Zustandekommen der Reichsfinanzreform zu arbeiten. Vielmehr herrsche bei den Konservativen die Absicht vor, sich nunmehr mit dem Zentrum zu einer festen Arbeitsmehrheit zusammen zu schließen.

Daß von seiten der Konservativen wirklich eine so endgültige und bestimmte Kündigung des Blockverhältnisses ausgesprochen wurde, wird man zunächst allerdings noch bezweifeln dürfen. Jedoch kann es als sicher gelten, daß die Konservativen auf den Fortbestand des Blocks kein Gewicht mehr legen und darum bereit sind, auf die linke Blockhälfte mit den stärksten Mitteln der Erpressung einzuwirken. Ist doch am Mittwoch auch in der Sitzung der Finanzkommission anlässlich eines Streits über die Brantwein-Liebesgabe von einem konservativen Redner offen ausgesprochen worden, wenn die Liberalen auf ihrem Widerstand beharren, dann müsse man eben sehen, wo man eine andere Majorität finde. Diese andere Majorität ist bekanntlich längst gefunden, sie hat als schwarz-schwarzer Block die Nachschlüsselsteuer zu Fall gebracht und die Blockliberalen Hals über Kopf in das blödsinnige „Beizsteuerkompromiß“ hineingetrieben. Wenn es trotz allem bis heute noch nicht zum endgültigen Zerfall des Blocks gekommen ist, so ist das nur der unglaublichen Klebrigkeit des Freisinnus zu danken.

Sollte es richtig sein, daß Herr v. Normann den Liberalen den Stuhl vor die Türe gesetzt hat, dann werden die Liberalen wahrscheinlich lieber heute als morgen wieder beschließen anklappen und fragen, ob nichts zu handeln sei. Schließlich aber muß das ewige Hin- und Hergeserre das Wanderverieren und Lavieren mit der Reichsfinanzreform so oder so ein Ende finden. Die neuerdings auftauchenden Gerüchte zeigen, daß die Situation einigermaßen gespannt ist und daß Ueberraschungen nicht ganz ausgeschlossen sind.

Abeliger Totschlag. In der Nacht vom 1. zum 2. Februar wurde der Steinlegemeister Marschner in Oranienburg bei Berlin von drei jungen angetrunkenen Leuten in einen Streit verwickelt und erschossen. Als Täter wurde der Referendar v. Jgel, der Sohn eines verstorbenen Generals, festgesetzt und verhaftet. Die Untersuchung ergab, daß Marschner an dem Streit keine Schuld gehabt hatte und daß dem Angeklagten jeder vernünftige Grund zum Schließen gefehlt hätte. So kam der junge Herr Harry v. Jgel an letzten Dienstag in Berlin vor die Geschworenen, aber nicht wegen Totschlags, wie man zunächst glauben möchte, sondern wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgang, der Wahrspruch der Geschworenen lautete aber auch nicht auf diese, sondern bloß auf fahrlässige Tötung. Die Tat des Angeklagten wurde also von den Geschworenen der Handlungsweise eines Menschen gleichgestellt, der vergessen hatte, die Treppen eines Hauses rechtzeitig zu beleuchten, und der dadurch den tödlichen Sturz eines Menschen verschuldete. Wegen fahrlässiger Körperverletzung kann Gefängnis bis zu zwei Jahren verhängt werden, der Staatsanwalt beantragte ein Jahr, der Gerichtshof erkannte auf 4 Monate Gefängnis.

Da wird nun gesagt, es sei notwendig, die Strafen wegen Verleibigung zu verschärfen! Mancher Redakteur der „Volkswacht“, der ein den Nichtern mißfallendes Wort geschrieben, hat doppelt, dreimal, viermal länger im Gefängnis sitzen müssen, als der ablige Referendar, der einen Menschen totschloß. Aber dort handelte es sich um plebejische Verleibigungen meist hochgestellter Persönlichkeiten, hier bloß um einen aristokratischen Totschlag an einem ziemlich gewöhnlichen Mann. Man erinnere sich auch an den Arbeitslosen Liebesmann, der in Berlin zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt wurde, weil er von einem Omnibus ein paar bunte Lappen abgerissen hatte, oder an einen

Der vielen anderen Fälle, in denen die Härte des Gesetzes fehlende Menschen aus den sogenannten unteren Klassen bis zur Vernichtung traf — und dann sagte man sich selbst, ob man Preußen-Deutschland noch ein Land mit muster-giltiger Rechtspflege nennen kann.

Blockade bei der Errichtung des Marine-Stat.
Der Reichstag erledigte in 1/2 stündiger Sitzung den ganzen Marineetat. Geschwindigkeit ist keine Regel, und wenn es so weiter geht, machen die geheimen Block-Kompromisse die öffentlichen Reichstagsverhandlungen überhaupt überflüssig. Die von Normann bis Naumann hatten beschlossen, sich zum Marineetat auszuschweigen. Die Ausnahmeverordnungen, zu denen Stoff genug vorliegt, sollen beim Etat des Reichskanzlers vorgekommen werden. Wilso hat nämlich beschloffen, sein hartnäckiges Schmelzen zu brechen und zu Beginn nächster Woche den Reichstag durch seine Anwesenheit zu verschönen. An sich läßt sich nicht dagegen einwenden, den für die Reichspolitik verantwortlichen Kanzler statt des langwierigen Wasserstoffes über die internationale Marinefrage zu vernehmen. Aber wenn die Loyalität in der Blockade nicht jeden Kredit verloren hätte, hätten die blockierten Gruppen den oppositionellen Parteien Kenntnis von ihrem Vorhaben geben müssen. Genosse Singer kennzeichnete in kurzen, treffenden Worten diese neue Schlägigkeit des Willso. Nachher brachte der gute, alte Ideologe Schrader noch so ein bißchen wie Entschuldigung vor.

Da somit Herr von Tirpitz das zu seinem und seiner Familie Lebensunterhalt allenfalls ausreichende Gehalt lachend zugestimmt war, kam die Beratung des Marine-Stat schnell zu Ende. Die Zustände auf den kaiserlichen Werften, die sich wie eine Parodie auf das Wort von den sozialen Musterbetrieben ausnehmen, beleuchtete und gelächelte Genosse Severing. Als er in der Einleitung kurz auf die internationale Flottenlage Bezug nahm, erteilte Flottenschulmeister Sickschoff zum Präsidenten und letzte Ueberhaupt feiern die neubegleiteten Freisinnigen wahre Saturnalien der Flottenbegeisterung. Die Schulknaben, die einen Nachmittag frei bekommen, brüllten sie vor Freude, als ihrem Lieben Tirpitz das Jahresgehalt debattellos überwiegen wurde. Eugen Richter wird sich im Grabe umdrehen.

Ein neuer Schröpfungsplan. Die „Germania“, das Hauptorgan des Zentrums, will wissen, daß das Zustandekommen der Finanzreform auf folgende Grundlage angestrebt wird.

Der Gesamtneubau wird auf 400 Millionen bemessen; davon kommen jedoch in Abzug 60 Millionen, weil die Forstrenten- und Andererwerb in ihrer bisherigen Höhe erhalten bleiben sollen. Der Rest von 340 Millionen soll wie folgt angebracht werden: 25 Millionen durch Erhöhung der Nationalsteuer, 100 Millionen durch eine Einkommen- und Erbschaftsteuer in welcher Form — voranzuschicken durch Verringerung der Erbschaften an Kinder und Ehegatten, und 95 Millionen durch Erhöhung resp. Neueinführung folgender indirekter Steuern:

Alkoholversteuer	mehr 100 Millionen
Tabak- und Zigarettensteuer	100
Kaffeesteuer	50
Zuckersteuer	40
Handelssteuer (neu)	15

Dieser Kompromißvorschlag befindet sich bereits in vielen Häusern und wurde auch in der Sitzung des Tabakvereins produziert. Es würde ein Entzweiwerden von beiden Seiten bedeuten, indem der Herrschaft bezüglich des Kaffeesteuers, die Konventionen bezüglich der Zigarettensteuer und Zuckersteuer nachgeben müßten. Selbstverständlich würden sich noch mannigfache Schwierigkeiten in der Ausführung erheben, allein wenn man sich erst über die Grundlagereinigkeit hat, werden diese Schwierigkeiten auch nicht unüberwindlich sein. — Einkommen- und Erbschaftsteuer, Tabak- und Zigarettensteuer und die Kohlensteuer würden dann endlich fallen gelassen werden.

Das Zentrumblatt behauptet weiter, daß man in Kreisen der Blockpartei mit einer Verlagerung der Finanzreform auf den nächsten Herbst rechnet. Den Parteien soll Gelegenheit geboten werden, in aller Ruhe und Gründlichkeit den Umfang vorbereiten zu können.

Freisinnige und Finanzreform. Auf dem in Jülicherburg abgehaltenen freisinnigen Parteitag für Ostpreußen verteidigte der Abgeordnete Meier zwar die Haltung der Fraktionsgemeinschaft zur Finanzreform, meinte aber, dem Kompromiß hätte man nur zugestimmt, weil man zur Zeit ein Auseinanderfallen des Blockes nicht für zweckmäßig halte. Die Freisinnigen seien von vornherein der Ueberzeugung gewesen, daß dieses Kompromiß gar nicht zur Annahme kommen werde. Wenn bei der zweiten Sitzung die Nachlaststeuer nicht komme, oder wenn die Liebesgabe in der einen oder in der anderen Form bestehen bleibe, dann sei es Zeit abzuschwören.

Justizrat Richterlein, der Führer der Königsberger Block-Freisinnigen, hält das Kompromiß für einen tödlichen Fehler schon wegen der Rückwirkung auf das Volk. Wenn jetzt die Nachlaststeuer wieder in den Vordergrund rückt, so sei das nur dem Widerspruch gegen das Kompromiß in der Presse und im Volke anzuschreiben. Lange werde der Block doch nicht mehr dauern, deshalb blühe die Rücksicht auf die Blockpolitik nicht ausschlaggebend sein.

Es wurde eine Resolution angenommen, in der verlangt wird, daß keine neuen indirekten Steuern bewilligt werden, wenn nicht ein erheblicher Teil der erforderlichen Neubelastung durch direkte Reichsteuern auf Nachlaß oder Vermögen den tragfähigen Schultern auferlegt werde. Das Versteuerungskompromiß sei bei der entgeltlichen Abstimmung abzulehnen.

Ein Weisbuch über das Seekriegsrecht. Dem Reichstag ist ein Weisbuch über die Ergebnisse der in London vom 4. Dezember 1908 bis 26. Februar 1909 abgehaltenen Seekriegsrechts-Konferenz zugegangen.

Es wird darin einleitend bemerkt, daß die letzte Haager Friedenskonferenz die von ihr beabsichtigte umfassende Regelung des Seekriegsrechts nur zum Teil habe durchführen können, weil die Rechtsauffassungen und die Interessen der beteiligten Mächte nicht überall in Einklang zu bringen waren. Insbesondere sei damals das für den neutralen Handel und die neutrale Schifffahrt wichtige Privatrecht der Hauptsache noch unregelt geblieben.

Unter diesen Umständen sei es zu begrüssen gewesen, daß die großbritannische Regierung im März 1908 eine Konferenz der zum Teil beteiligten Handels- und Seestaaten zur Festsetzung der in Betracht kommenden Regeln des Seekriegsrechts in Anregung brachte. An der Konferenz nahmen teil: Deutschland, die Vereinigten Staaten von Amerika, Oesterreich-Ungarn, Frankreich, Spanien, Italien, Japan, die Niederlande und Rußland. Es wurden folgende Abmachungen getroffen:

Blockade.
Die Blockade muß auf die feindlichen Häfen und Küsten beschränkt werden, sie muß durch eine Streitmacht ausübt erhalten werden, welche hinreicht, um den Zugang zur feindlichen Küste in Wirklichkeit zu verhindern. Die Blockade gilt nicht als aufgehoben, wenn sich die blockierenden Streitkräfte infolge schlechten Wetters zeitweise entfernt haben. Der Besatzhaber der blockierten See macht kann Kriegsschiffe die Erlaubnis erteilen, den blockierten Häfen anzufahren, und ihn später wieder zu verlassen. Die Blockade-Erklärung muß den neutralen Mächten bekannt gegeben werden. Ein des Blockadebruchs schuldig befundenes Schiff wird eingezogen.

Kriegskontrollen.
Alle Kriegskontrollen gelten alle Waffen, Geschosse, Pulver, Artillerie, Lebensmittel, militärische Kleidungsstücke, Eisenbahnmaterial, Gold und Silber, Luftschiffe, Flugmaschinen, dagegen keine Raubartikeln.

Neutralitätswidrige Unterstützung.
Neutrale Schiffe, die eine der kriegführenden Mächte unterstützen, verfallen der Beschlagnahme. Die Art der unzulässigen Unterstützung ist genau fixiert.

Zerstörung neutraler Prisen.
Ein beschlagnahmtes neutrales Schiff darf nicht zerstört werden, sondern muß in einen Hafen gebracht werden, wo gehörig über die Rechtmäßigkeit der Wegnahme entschieden werden kann. Die Zerstörung ist nur erlaubt, wenn das Kriegsschiff durch die Prise in seinen Operationen behindert wird. Ist die Zerstörung rechtmäßig geblieben, so muß die Kriegsmacht, die die Zerstörung vornahm, Schadenersatz leisten.

Fliegenwechsel.
Der vor Beginn der Feindseligkeiten herbeigeführte Uebergang eines feindlichen Schiffes zur neutralen Flagge ist gültig, falls nicht bewiesen wird, daß dieser Uebergang herbeigeführt worden ist, um den mit der Eigenschaft eines feindlichen Schiffes verbundenen Folgen zu umgehen. Anders spricht die Vermutung für die Richtigkeit, sofern sich die Uebergangsurkunde nicht an Bord befindet und das Schiff die Nationalität des Kriegführenden weniger als 60 Tage vor Beginn der Feindseligkeiten verloren hat.

Geleit, Wiedereinsatz gegen die Durchsuchung.
Schadenersatz.

Neutrale Schiffe unter dem Geleit ihrer Kriegsmacht sind von der Durchsuchung befreit. Das Geleit-Schiff muß auf Eruchen eines Kriegsschiffes der Kriegführenden über Ziel und Ladung des Schiffes Auskunft geben. Der gewaltsame Widerstand gegen rechtmäßige Ausübung des Anhaltungs-, Durchsuchungs- und Beschlagnahmegerichts hat in allen Fällen die Einziehung des Schiffes zur Folge. Bei unberechtigter Beschlagnahme ist Schadenersatz zu leisten.

Der gefährliche Fahnenmangel. In Bertsdorf, einer größeren Ortschaft in der Nähe von Zittau, fehlerte der dortige Militärverein unlängst sein stützgliedriges Einheitsfest, wobei ihm von befreundeten Vereinen, wie das üblich ist, mehrere Fahnenmängel gestiftet wurden. Das tat auch der Bertsdorfer Leseverein, der seine Beseßtheit in allen krieglichen und überirdischen Dingen dadurch bekundete, daß er auf seinen Fahnenmangel die Worte „Gott — Natur“ Leseverein Bertsdorf“ hatte eingravieren lassen. Allein diese gemüthliche Inschrift scheint im Vorstand des Militärvereins Anstoß erregt zu haben. Trotz des eingeholten Gutachtens des stellvertretenden Bezirksvorstehers in Zittau, der seine Einwendungen gegen das Einschlagen des Nagels in die Fahnenstange zu machen hatte, unterließ dieser Akt, und das Ende vom Liede war, daß der gestraute Leseverein seinen mißachteten Nagel wieder zurückforderte. Diesem Verlangen wurde stattgegeben. Es wird nun die Frage ventilirt, was dem Militärverein eigentlich so heftig erschienen ist, Gott oder die Natur?

Aus der Geschäftsordnungs-Kommission des Reichstags. In der Sitzung vom Dienstag wurde der Antrag Müller-Weininger-Zund über die sogenannten kleinen Interventionen angenommen. Das Zentrum machte dann einen Schachzug, indem es die Bestimmung über die Frist der kurzen Anfragen ablehnte und dadurch den ganzen Antrag zu Fall brachte. — Positives hat die Geschäftsordnungs-Kommission bisher noch nicht geklärt, und man geht nicht sehr in der Annahme, daß es dem Anwesenwerden des Zentrums und der Konservativen gelingen wird, jede Verbesserung der Geschäftsordnung zu verhindern. — Die Parteien wollen nämlich mehr die in der Kommission abgelehnten Anträge im Plenum des Reichstages einbringen.

Breit geschlagen und untergebeut. Der liberale Pfarrer Freund, der noch vor einer Woche so mutig schien, hat an den erkrankten Erzbischof von Bamberg ein Schreiben gerichtet, worin es u. a. heißt:

„Der Kummer, in den der Kirchenstift durch die an den Namen Tremel sich knüpfenden Ereignisse versetzt ist und die liebevolle Ermunterungen (sehr gut gesagt!) Tremels durch seine geistlichen Mitarbeiter, sowie die Mahnungen seines eigenen Pfarrers, eine friedliche Lösung der Angelegenheit herbeizuführen, drängen ihn Pfarrer Tremel, dem Erzbischof folgende Erklärung zu unterbreiten: „Die folgende Erklärung der Gewässer im ganzen Lande hat mich, wie ich wieder geahnt oder gemahnt habe, erkennen lassen, daß in weiten Kreisen mein Verhalten als nicht mehr im Rahmen jener Gesinnung erscheint, zu der ich mich hierdurch vor dem Erzbischof bekenne. Ich spreche daher mein aufrichtiges Bedauern aus, daß ich den Erzbischof durch mein Verhalten gekränkt habe, und verhoffe meine mitfühlende priesterliche Erbarmung und hoffe, daß dies dem Erzbischof ein Trost in den Tagen schwerer Krankheit sei.“

Also auch hier eine geknickte Kiste! Die Pfaffen sollen sich hinter die alte Mutter Tremels gekleidet haben, die ihrem Sohne unter Entbehrungen die Möglichkeit zum Eintritt in den priesterlichen Beruf verschafft und nun über den Zufall untröstlich war.

Freisinn und Demokratie in Dessau. Mehr als 1500 Personen, überwiegend Anhänger der Sozialdemokratie und der Demokratischen Vereinigung, füllten, nach der Berliner Volkszeitung, eine Versammlung in Dessau, in welcher F. Naumann über „Liberale Aufgaben der Gegenwart“ sprach. Der ewig sich selbst widersprechende Naumann gab sich diesmal sehr radikal, er gab sogar den Block vollständig preis und forderte eine Zusammenfassung des Liberalismus zur Vorbereitung eines — man traute seinen Ohren nicht! — künftigen Zusammengehens mit der Sozialdemokratie.

In der Diskussion sprachen für die Demokratische Vereinigung Rechtsanwalt Giese, Dessau und Dr. Bretschneider, Berlin und für die Sozialdemokratische Genossenschaft Peus. Sie betonten unter lebhaftem Beifall der Mehrheit der Versammlung, daß der Blockfreisinn mit verschwindenden Ausnahmen von einem Zusammengehen mit den Sozialdemokraten nichts wissen wolle. In überaus einflussreichen Ausführungen deutete besonders Dr. Bretschneider unter stürmischer Zustimmung den kassenden Widerspruch zwischen der Theorie und der Praxis Naumanns auf und wies darauf hin, daß, wer wirklich den Liberalismus und die Demokratie wolle, mit dem immer reaktionärer gewordenen Blockfreisinn nicht zusammenzugehen könne. Der freisinnige Diskussionsredner, Rechtsanwalt Doktor Cohn-Dessau, der seit einigen Jahren nicht nur gegen die Sozialdemokratie, sondern auch gegen die Gewerkschaften und die Genossenschaften der Arbeiter nach Reichsverbandsmantel

Der letzte Komödiant.

Roman in drei Teilen von Carl von Holtel.

Der junge Gärtnere schüttelte den Kopf. Ein Arbeiter dagegen nicht bestimmend: „Ja, das ist richtig, das weiß ich aus meiner Jugend. Ein großes Aes Gschwürbe, verteil schon der selbige Graf, wie er die Herrschaft zum erstenmal besuchte... heißt das nicht der Graf Konstantin, jenes Vater mein ich, der erst Reichsbaron geblieben hat... der nannte es den Komödiantenfall; denn da drinnen haben sie gespielt, ich bin selber drin gewesen. Und weil's zu nichts gebraucht wurde, ließ es der Graf niederreißen. Und wie hernachgehends die alte Gräfin Witwe wurde, und ihr Sohn, der selbige Konstantin, heranzog, ist der letzte Platz mit in die Anlagen hineingezogen worden und bepflanzt. Seht Ihr, Wandemann, irgendwann im Jahr jetzt das weiße Ding von Eisen steht, die hohe Säule, da war das Theaterum gewesen. Da hat's geklungen. Und die Säule ist aufgerichtet worden vor fünf oder sechs Jahren. Die hat der verstorbenen Graf Konstantin setzen lassen. Der Gärtnere schüttelte den Kopf: „Das ist ein alter Komödiant.“

„Ja, das ist ein alter Komödiant.“ sprach der Fremde und schüttelte den Kopf. „Das ist ein alter Komödiant.“ sprach der Fremde und schüttelte den Kopf. „Das ist ein alter Komödiant.“ sprach der Fremde und schüttelte den Kopf.

„Das ist ein alter Komödiant.“ sprach der Fremde und schüttelte den Kopf. „Das ist ein alter Komödiant.“ sprach der Fremde und schüttelte den Kopf. „Das ist ein alter Komödiant.“ sprach der Fremde und schüttelte den Kopf.

geben hatte, diesen Brief einem der Diener vom Schloß überreichen?“

„Nein“, entgegnete der Mann, „das tut nur lieber selbst. Mit sochen Briefen kriegt man bei der Bibrey nicht gern gesehen und wird angeschaut.“

„Das ist kein Betebrief, mein Lieber, im Gegenteil!“

„Ja, ja, Ihr wollt mir, den? Ich, weismachen, daß Ihr der Herrschaft etwas bringt? Ne, Freund, da sucht Euch einen Zimmern an, der das glaubt. Solen wollen sie alle, gebracht hat noch keiner nichts!“

„Denn bin ich eine Ausnahme, denn ich reise eigens nach Rauburg, um Eurer Gräfin den Inhalt zuzustellen.“

Die Leute gaben sich hinter seinem Rücken Zeichen, daß es wohl in des Fremden Kopf nicht richtig wäre, rafften Spaten, Schaufeln und Rechen zusammen, warfen sie auf ihre Schubkarren und traten auf.

„Aber das ist doch ungefällig“, rief ihnen der Fremde nach — und in diesem Augenblick sprangen zwei kleinere Knaben, die sich mit eilenden großen Händen jagten, hinter den Büschen hervor.

„Was gibt's denn?“ fragte der Ältere, „wer ist denn hier ungefällig?“

„Nicht alle sind bearaben“, sprach eine tiefe Frauenstimme dicht hinter ihm. „Es gibt noch eine, die Deiner alten Zeit angehört. Sei willkommen in Rauburg, Wuff!“

Langsam erhob er sich von seinem niedern Stuhl: „Gedult, Sie selbst...?“

„Wir hätten Dich gefahren, weil die Anweisung meinem Bankier nicht eingereicht worden. Daß Du lieber Mangel duldest, als eine Unterstützung von mir annehmen wolltest, schien mir unlaublich.“

„Mangel hab' ich nicht gelitten. Mir ward das Geld zuteil, meine Tochter zu finden. Freilich hat es nicht lange gedauert. Sie ist begraben.“

„Und Dein Sohn ist es auch. Die Knaben, die Du gesehen, sind Deine Enkel.“

„Aber ich darf sie nicht so nennen!“

„Nicht vor den Leuten; das ist der Lauf der Welt. Doch sie sollen Dich achten und lieben lernen. Sie wissen schon aus dem Munde ihres seligen Vaters von einem armen Manne, dem er, dem sie unendlich viel zu verdanken haben; dessen zarter Sinn, dessen beschriebene Aufopferung niemals hoch genug angelobten werden können.“

„Aus dem Munde ihres Vaters?“

...wird, erzeugt durch sein Auftreten den Unwillen der Versammlung in so hohem Maße, daß er seine Rede nicht zu Ende führen konnte.

„Nützlich und im übrigen geeignet!“ Bei der Beratung des Militär-Etats im Reichstage hat der Kriegsminister auf die Frage des Abgeordneten Nopp, daß Juden nicht zu Offizieren ernannt werden, ausdrücklich erklärt, daß die Religion bei der Wahl zum Militär kein Hindernis bieten dürfe. Er erklärte, daß auch Juden wenn sie sonst „nützlich und im übrigen geeignet“ sind, Offiziere werden können. Dem Kriegsminister soll darauf aus den Händen der freisinnigen Fraktionsgemeinschaft ein dankbares Bravo entgegen. Die die Erklärung aufzuheben ist, das ergibt sich aus der Haltung der nicht blockfreien Presse. Allen voran natürlich wieder die „Deutsche Tageszeitung“, die ausdrücklich betont, daß der Kriegsminister vollständig korrekt gehandelt habe, und daß die Offiziere die Aufgabe haben, im Interesse der Nation zu prüfen, ob jüdische Offiziers-Kandidaten „nützlich und im übrigen geeignet“ sind. Diese Behauptung müsse sich vor allen Dingen darauf beziehen, ob der Kandidat das Zeug und den Takt hat, Vorgesetzter christlich-deutscher Soldaten zu sein.

Aus dem Munde, der in diesen Zeilen liegt, werden die Freisinnigen allmählich den Schluss ziehen können, daß ihre Vergeßlichkeit bei der Erklärung des Kriegsministers eine verfluchte gewesen ist; denn bei der Zusammenkunft der deutschen Offizierskorps ist es ganz ausgeschlossen, daß man einen Juden, der Offizier werden will, als „nützlich und im übrigen geeignet“ befindeht.

Handlungsgehilfen und Arbeitskammern. Der Vorstand des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und Gehilfen Deutschlands ist mit dem Gewerkschaftsführer Legien, Bismarck und Seberling, die als Abgeordnete auch Mitglieder der Arbeitskammer-Kommission des Reichstages sind, in Verbindung getreten. Dabei konnte nach einer Mitteilung der „Handlungsgehilfen-Zeitung“ vom 21. März festgestellt werden, daß die genannten Kommissionsmitglieder leiner vom Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfen Deutschlands vertretenen Meinung sind, daß bei der Schaffung des Arbeitskammergesetzes die Handlungsgehilfen nicht übergegangen werden dürfen, weil für die Zeit der Schaffung einer Interessensvertretung auf unabsehbare Zeit verhängt werden würde. Ueber-erinnung herrscht aber auch über die Notwendigkeit, daß bei besonderen Verhältnissen der Handlungsgehilfen in dem Arbeitskammergesetz insofern Rechnung getragen werden solle, als man sie nicht unterließlos mit anderen Arbeitergruppen in der Arbeitskammer vereinigt, sondern für ihre Bedürfnisse besondere Kammern oder Abteilungen errichtet.

14 Tage Mittelarrest für — einen gebrochenen Fuß! Ein Unteroffizier vom 126. Infanterie-Regiment in Straßburg (Elsaß) ließ einen Soldaten, weil dieser angeblich die Stiefel des Unteroffiziers nicht gemischt hatte mit der Kruste so vor die Brust, daß der arme Teufel über einen Schmelz stürzte und sich dabei einen Fuß brach.

Das Kriegsgericht der 31. Division sah in dieser Mißhandlung einen in d e r s e l b e n F a l l und ließ es bei 14 Tagen Mittelarrest bewenden.

Wieder ein absteiger Zentrumskandidat. Als Nachfolger des verstorbenen Hrn. Grafen Waldenroth haben die Vertrauensmänner der Zentrums-Partei des Kreises Adinabawen-Beckum den Herzog von Arenberg oder den Freiherrn von Perleberg vorgeschlagen. — Es ist das auch einer der Kreise, die unbestrittenen Besitz des Zentrums sind, weshalb man es auch dort riskieren kann, einen Herrn von hohem Adel als „Volksvertreter“ zu präsentieren.

Stücker's Spekulationen. Die Feinerkeit unüberbrochen durch die ganze Presse georgene Behandlung, daß Stücker oft ungenügend bekannt die Abrechnung gegen den „Sibonum“ Wörle ist nicht abhalten habe, mit Kalkulation der „Wolf-Glad“-Garde Geld zu verdienen, findet jetzt durch Trümmen, den Senecker Durchfallskandidaten und Schwiegerohn Stücker, eine Bestätigung. In einem Artikel des „Senecker Volk“ gibt er an, daß Stücker die Aktien besessen habe, breitet aber die Spekulationsabsicht und die Höhe des auf 100.000 Mk. angegebenen Verdienstes beim Verkauf der Aktien.

Ausland.

Serbien und Oesterreich.

Roegens günstig — Abends trübe — das sind wieder einmal die Stimmungsbilder vom diplomatischen Kriegsschauplatz, die also jetzt nicht nur von Tag zu Tag, sondern an einem Tage mehrere Male wechseln. Die günstige Beurteilung der Lage fußt vor allem auf einer Erklärung des serbischen Ministerpräsidenten

in der Skupschitina,

die wieder einmal als „Entgegenkommen“ gedeutet werden konnte. Sie enthielt folgende Sätze:

„Die serbische Regierung hat in Würdigung der gegenwärtigen allgemeinen Lage in Europa und der Dispositionen der Großmächte und ihrer an alle Mächte, demnach auch an Oesterreich-Ungarn, gerichteten Note vom 10. März ihre friedfertigen Bestrebungen und die Bereitwilligkeit ausgesprochen, der Beurteilung der Großmächte bezüglich der bosnisch-herzegowinischen Frage beizupflichten. Die serbische Note wurde überall gut aufgenommen, außer in Wien und Berlin, wo man nur an einige Worte der Note Bemerkungen knüpfte, obwohl auch die Worte in seinem Gegenstande zu den friedlichen Bestrebungen Serbiens und zu dessen Vertrauen in die Gerechtigkeit der Großmächte standen. Das ist die Grundlage, auf welcher später die Note des österreichisch-ungarischen Gesandten folgte, auf die mit der serbischen Note vom 14. März geantwortet wurde und nach welcher die Aktion der Serben freundschaftlich gesandten Mächte zur raschesten Beilegung der erwähnten Differenzen erneuert wurde, die an und für sich nur formaler Natur sind. Alle Großmächte sind bestrebt, den Frieden zu erhalten, und da die Großmächte das europäische Gericht sind, ohne welches nichts beendigt werden kann, hat sich Serbien mit voller Aufrichtigkeit ihnen anvertraut. Seine ist gottlob der Glaube der Großmächte an die Erhaltung des Friedens derart groß, daß sie den Wunsch geäußert haben, Serbien möge seine Friedfertigkeit auch dadurch bezeugen, daß es nicht zur Mobilisierung schreitet, obwohl man davon spricht und es für zuverlässig betrachtet, daß Oesterreich-Ungarn mobilisiere, und obwohl es den Anschein hat, daß Serbien das Recht hätte, auf diesen Schritt mit ähnlichen Maßnahmen zu antworten. Die Regierung, welche den neuen Schritt der Großmächte für die Ausgleichung der bestehenden Differenzen zwischen Serbien und Oesterreich-Ungarn mit vollem Vertrauen aufgenommen hat, konnte nicht umhin, diesen Wunsch nach Vertagung der Mobilisierung Rechnung zu tragen, und fand es für angemessen, ihnen zu entsprechen. Das sind die Gründe, welche die Regierung bestimmen haben, in der Frage der Mobilisierung zurück vorzugehen. Die Regierung hat die begründete Hoffnung und den Glauben, daß ihre Dispositionen für den Frieden und ihre Sorge, den Wünschen der Großmächte zu entsprechen, bei denselben gerechte Würdigung finden und gute Früchte tragen wird. Sozial kann ich auf die gestellte Frage im gegenwärtigen Augenblick antworten.“

Abgesehen von einigen Zweideutigkeiten findet die Wirkung dieser an und für sich vernünftigen Kundgebung eine starke Einschränkung durch die

Bewirrung im serbischen Königreiche, wo man nicht weiß, ob der Kaiser dieser Kundgebung, die

novitsch, morgen überhaupt noch marschieren darf. In Belgrad soll nämlich der Kriegsminister Jibowitsch auf Befragen dem Ausschuss für nationale Verteidigung erklärt haben, daß die friedlichen Bestrebungen Mlanomowitsch' keinesfalls einen Erfolg haben würden. Der blutige Krieg sei den Fortschritten Oesterreichs vorzuziehen. Der Ausschuss für nationale Verteidigung möge weiterhin Freiwillige anwerben. Er sei der Unterstützung des Kriegsministeriums sicher. Der Justizminister nahm im nationalistischen Klub scharfe Stellung gegen Mlanomowitsch. Die Regierung habe sich nach den Beschlüssen der Skupschitina zu richten. Die Unsicherheit in Serbien wachse übrigens immer mehr. Rüberhanden tauchen überall auf. Viele wohlhabende Serben verlassen das Land. Die Fluge nach Bulgarien sind überfüllt.

In Nik und Skragjeva, den zwei größten Garnisonsstädten Serbiens, haben große Kriegsmessetings stattgefunden, an denen im Auftrage der dortigen Bischöfe zahlreiche Priester und mit Bewilligung der Diözesan-Kommandanten, der Obersten des Generalstabes Martinowitsch und Bolowitsch, auch zahlreiche Offiziere teilnahmen. Die Priester proklamierten in flammenden Reden den „heiligen Krieg“. Das Meeting in Nik beschloß eine Resolution, in der es heißt: „Wir werden bis zum letzten Blutstropfen kämpfen, und sollte die Regierung den Idealen des Volkes untreu werden und sie verraten, so soll sie wissen, daß sie in diesem Momente einen tief gefährlicheren Kampf zu bestehen haben wird, als es der Kampf mit Oesterreich-Ungarn wäre.“

Die Aktion der Mächte

beginnt auch wieder fraglich zu werden und damit denkt Oesterreich natürlich wieder an die eigenen Noten, die es an Serbien übergeben will. Baron Neurethal hatte gegen die ersten englischen Vorschläge gewisse Einwendungen erhoben, welche der englische Botschafter in Wien nach London berichtet hatte. Jetzt ist die Antwort des Londoner Kabinetts in Wien einetroffen; sie lautet nach hiesiger Auffassung unbefriedigend. Daher ist fast jede Aussicht gegeben, daß die mittlere Linie zwischen den gegenwärtigen Auffassungen zu finden. Man weiß zur Stunde noch nicht, ob die Verhandlungen noch weiter laufen werden. Auch die „Köln. Zeitung“ meldet aus Paris vom 24. März:

„Und heute noch läßt sich nicht mit Sicherheit übersehen, ob sich eine Einigung der verhandelnden Mächte wird erzielen lassen. Aber es scheint immerhin, daß die Einflüsse, die bisher das Einigungswerk erschweren, zurückzutreten beginnen. Die Fassung der Formel, die Serbien vorgelegt werden soll, ist zwar noch nicht aufgestellt, wohl aber klären sich die Ansichten der verhandelnden Mächte dahin, daß die Formel Oesterreich vorzuziehen, Serbien aber jede Möglichkeit zu neuen Zweideutigkeiten abzuwehren und dafür sorgen muß, daß eine weitere Störung der Ruhe durch Serbien ausgeschlossen werde. Wenn die von den Mächten in Belgrad abgeordneten Ratschläge deren schlüssige Annahme zur Folge haben sollten, würde dies mit dem Verständnis zuschreiben sein, das Russland der gegebenen Lage entgegenbringt. Es würde für die Mitarbeit an der Friedensarbeit auf Dank und Anerkennung bei allen Friedensfreunden rechnen können.“

Das sieht allerdings mehr als eine Abigung an Russland, denn als eine Vertrauensfundgebung aus.

Ueber die Auffassung der Situation in Wien

geht der „Schlesischen Zeitung“ ein Bericht zu, dem wir folgen-

des entnehmen: Die Erklärungen des serbischen Ministerpräsidenten in der heutigen Skupschitina-Sitzung hatten die Besorgung auf Erhaltung des Friedens wieder belebt. Unter dem Eindruck dieser Erklärungen erhob sich die heutige Rede. Doch melden spätere Privatnachrichten aus Belgrad, daß der Kriegsminister in einem Privatgespräch erklärt habe, von einer Abklärung könne keine Rede sein, und daß der Ministerpräsident den Abgeordneten bedeutet habe, Serbien stelle nach wie vor die Entscheidung den Großmächten anheim und direkte Verhandlungen mit Oesterreich seien gegenwärtig unmöglich. Im Laufe des Abends hat die pessimistische Stimmung wieder überhand genommen. Die Verhandlungen der Mächte gelten als aussichtslos, da eine Einigung auf einen scharfen Konfliktschritt in Belgrad ganz unwahrscheinlich geworden ist. Aus Belgrad wird gemeldet, daß die Stimmung erregter denn je ist und die dortigen Blätter eine leidenschaftliche Sprache führen. Man rechnet mit dem Ausbruch der Feindseligkeiten am nächsten Dienstag. Aus Warschau wird gemeldet, daß die dortige sozialrevolutionäre Partei einen Aufruf veröffentlicht, in dem für den Fall eines österreichisch-serbischen Krieges zum Kampfe gegen Russland aufgefordert wird. Private Nachrichten melden aus Kongresspolen auch eine starke Bewegung in polnisch-nationalen Kreisen.

Im ungarischen Parlament.

Im ungarischen Abgeordnetenhaus interpellierte Megöfi (Sozialist) den Ministerpräsidenten über die auswärtige Lage und ersuchte ihn, sich für die Erhaltung des Friedens zu entscheiden. Ministerpräsident Welerke erwiderte:

„Wir bieten alles auf, um die Segnungen des Friedens zu erhalten. Wir haben unsere friedliche Gesinnung bis zu jener Grenze bekundet, über die hinaus wir ohne Verletzung unserer Interessen und unserer Würde nicht gehen konnten. Wenn unsere ehrlichen Bemühungen jedoch scheitern und die Notwendigkeit uns auf das Schlachtfeld rufen, dann fordern wir von jedermann, und auch dem interpellierenden Abgeordneten, daß, wo die Kraft der Nation mit ihrem ganzen Gewicht auftritt, er deren Wirkung nicht durch eine gegenteilige Erklärung zu vermindern sich bemühe. (Lebhafte Beifall, Säuselungen.)“

Zum Schluß teilte der Ministerpräsident mit, daß er in den nächsten Tagen Gelegenheit nehmen werde, das Abgeordnetenhaus über die auswärtige Lage näher zu unterrichten. Es muß aber hervorgehoben werden, daß der Abgeordnete Megöfi im Gegensatz zur ungarischen Sozialdemokratie steht.

In politischen Kreisen Budapests wird als sicher angenommen, daß infolge des Ausbruchs der Feindseligkeiten mit Serbien das Parlament nach der Erteilung der allerdingendsten Ermächtigungen sofort vertagt wird.

Aus dem österreichischen Parlament.

In Beantwortung der Interpellation Autsch, betreffend die bei der jüngst verfallenen Ergänzung des Truppenbestandes vorgekommenen Ungleichmäßigkeiten in der Behandlung der einzelnen Jahrgänge der nichtaktiven Mannschaften, betonte der Landesverteidigungsminister, dies rühre nicht etwa von Versehen her, sondern daher, daß es sich lediglich um die Ergänzung der in Bosnien und Dalmatien bilogierten Truppen gehandelt habe, so daß es habe vorkommen können, daß in derselben Gemeinde Mannschaften jüngerer Jahrgänge nicht einberufen wurden, weil sie nicht zu den Truppenkörpern gehörten, bei denen eine Ergänzung des Bestandes vorzunehmen war, während auf andere, ältere Jahrgänge zurückgegriffen werden mußte. Dies sei der Beweis dafür, daß es sich nicht um eine Mobilisierung handle.

Am Schluß der Sitzung brachte der Abgeordnete Schoe Kaiser habe in der vorigen Woche angekündigt in Wien gewinkt. Die braven Tscheken fallen nämlich auf jeden Unstimm hin.

Siehe auch den Bericht über die Rede des österreichischen Sozialdemokraten auf der ersten Seite unserer heutiger Nummer.

Die Erfolge der Sozialdemokratie bei den Kommunalwahlen in Dänemark. Während der ersten Hälfte dieses Monats haben bekanntlich in allen städtischen und ländlichen Gemeinden Dänemarks die Kommunalwahlen der Gemeindevertretung stattgefunden. Man sah diesen Wahlen mit um so größerer Spannung entgegen, als es die ersten Wahlen nach Abschaffung des Zweiklassenwahlrechts, Ausdehnung des Wahlrechts auf das weibliche Geschlecht und auf die Dienstleute, die bisher ebenfalls wahlrechtlos waren, und Einführung des Proportionalwahlsystems. Das Proportionalwahlsystem ist besonders auf Drängen der Konservativen eingeführt worden, um den Fortschritt der Arbeiterklasse zu hemmen.

Besonders in Kopenhagen, wo nach dem alten Wahlsystem bestimmt vorauszuweisen war, daß im Laufe der Jahre auch der letzte Anstößler aus der Bürgerrepräsentation verschwinden werde, hatten die Antisozialisten große Hoffnungen auf das Proportionalwahlsystem in Verbindung mit dem Frauenwahlrecht und der Steuerzahlungsklausel, die hier die Steuerveranlagungsklausel zum Mindestvermögen von 1000 Kronen abließ, gesetzt. Tatsächlich haben 8878 von den 184.840 Wahlberechtigten in Kopenhagen wegen Steuerhulden ihr Wahlrecht einbüßen müssen. Die fürchbare Wirtschaftskrise machte natürlich auch hier ihren Einfluß geltend. Die Hoffnungen der Antisozialisten haben sich jedoch nicht erfüllt. Die Sozialdemokratie hat von den 95.929 abgegebenen Stimmen 44.849 erhalten und führt mit 20 Mandaten von im Ganzen 42 in ihrer alten Stärke in das Stadtparlament zurück, während die Antisozialisten bei 36.606 Stimmen 16 Mandate erhielten, wogegen allerdings noch das eine Mandat kommt, das auf die lutherische innere Missionssitze mit 2243 Stimmen fiel, und die radikale Linke bei 11.681 Stimmen 5 Mandate bekam. Die Wahlen gelten diesmal und in Zukunft für 4 Jahre, während früher in Kopenhagen jedes Jahr ein Sechstel der Bürgerrepräsentanten neu gewählt wurde, und zwar nach dem Majoritätsprinzip auf Parteilisten, ein Wahlsystem, das die Allianz zwischen Sozialdemokraten und Radikalen zur Folge hatte, die nun sowohl in der Hauptstadt, wie im ganzen Lande aufgegeben worden ist von unseren Genossen. Die bürgerlichen Parteien hatten sich jedoch trotz des Proportionalwahlsystems vielfach miteinander verbündet, wie auch die Antisozialisten in Kopenhagen eine Koalition der Konservativen und sogenannten Liberalen darstellten, und ebenso die Missionssitze, denen sich unüberwundene Liberale angeschlossen hatten.

Ueber das Ergebnis der Stadtwahlen in der Provinz liegt jetzt eine zusammenfassende Uebersicht vor. In den 72 Provinzialstädten Dänemarks wurden im Ganzen 197.622 Stimmen abgegeben und von diesen kamen auf die Sozialdemokratie 54.528. Es sind 265 sozialdemokratische Stadträte, Mitglieder gegen bisher 110 gewählt, während alle anderen Parteien, einschließend der Radikalen, die in ihrem Parteiprogramm nach auch Kommunozialismus mitmachen wollen, 512 Mandate erhielten. Eine völlig gerechte Verteilung der Mandate hat das Proportionalwahlsystem nicht gebracht, sonst hätten unsere Genossen 42 Mandate mehr, die Bürgerlichen um so viel weniger erhalten müssen. In zwei Städten: Aarhus und Roskilde, hat die Sozialdemokratie die absolute Mehrheit im Stadtrat erhalten, während in acht Städten die Wahlen so ausfielen, daß die bürgerlichen Parteien nur ein Mandat mehr haben als unsere Genossen. Jedenfalls wird die Sozialdemokratie, die ja jetzt schon ihrer Stimmenzahl nach die größte Partei ist, nach Verlauf von vier Jahren in einer sehr großen Anzahl von Stadträten die Mehrheit gewonnen, zumal wenn durch eine bessere Konjunktur die Zahl der steuerzahlungsfähigen Arbeiter vermehrt wird.

Ueber das Ergebnis der Wahlen zu den ländlichen Gemeinderäten, den „Rådskibe“, liegt eine zusammenfassende Uebersicht noch nicht vor, jedoch haben die nach und nach eingelaufenen Berichte gezeigt, daß die Sozialdemokratie auch auf dem Lande teilweise sogar überraschend gute Erfolge erzielt hat. In mehreren Rådskibeitern hat sie sogar die absolute Mehrheit gewonnen. Die Verbindung der zweijährigen Seßhaftigkeit in der Gemeinde hat auf dem Lande offenbar nicht so schädlich für unsere Wählerkraft gewirkt wie in den Städten, weil das fleißigere ländliche Landproletariat seßhafter ist als das industrielle Stadtproletariat.

Der päpstliche Stuhl in grüner Wat. Der Führer der katholischen Demokraten in Italien, Abgeordneter Weltmeister Marri, erhielt vom Bischof von Fermo den Befehl, sich binnen sechs Tagen bedingungslos zu unterwerfen, widrigenfalls über ihn nicht wegen seiner aktiven Beteiligung am politischen Leben, sondern wegen seiner unversöhnlichen Auflehnung gegen die Kongregation der Kardinalen der Kirchenban verhängt würde. Marri erwiderte, der Bischof möge den Damm nur aussprechen, er werde sich Gott näher fühlen, wenn er nicht mehr der Adversität angehöre, die den Geist Christi verbannt, um dem Aberglauben zu fördern. Darauf sprach der Vatikan gegen den Abbe die Exkommunikation aus.

Russische Spigelarbeit. Aus Moskau werden Massenverkäufe gemeldet, darunter die von sechs bis acht Verurteilten und Studenten, sowie des ehemaligen Dumaabgeordneten Dr. Uspenski. Diese Verkäufe bedeuten die Auflösung des Moskauer Revolutionskomitees, das im verflorenen September von Asem demagigiert worden ist.

Eröffnung des italienischen Parlaments. Aus Rom wird unterm 24. März berichtet: Das Parlament ist heute vom König eröffnet worden, der die Thronrede selbst verlas. Die Erwähnung an das Unheil in Calabrien und Sizilien, die Antikämpfe sozialer Geseke, endlich der Hinweis auf die Vermehrung von Heer und Flotte wurden mit Beifall aufgenommen. Dagegen begegnete die Erwähnung der äußeren Politik, der Balkanfrage und des Dreibundes dem gänzlichem Schweigen. Nur drei Abgeordnete der Rechten klafften schwachen Beifall. Dieses eifrige Schweigen der Kammer zu den Erklärungen über die äußere Politik erscheint um so charakteristischer, als nur die konstitutionellen Elemente der Sitzung anwohnten, die zahlreich vermehrten Sozialisten und Republikaner aber fehlten.

Kämpfe in Persien. Ueber die Lage in Persien wird berichtet: In der Nacht vom Sonntag auf Montag überfielen Nationalisten in Karalan, östlich von Tabris, eine vorgehobene Abteilung der Truppen des Schahs. Von 40 Mann wurden 31 getötet und sechs gefangen genommen. Das „Kaiserliche Bureau“ meldet aus Abuschehr: Die Nationalisten, unter Führung des Mullah, haben am 23. März in aller Nähe die Regierung von Abuschehr übernommen, die Behörden entlassen und eigene eingesetzt. Sie beschlagnahmten die Postverwaltung am 24. März zu übernehmen. Weiter wird berichtet, daß auch in Schiras die Nationalisten die Regierung übernommen haben.

Antideutsche Tendenzen in Kente'sud. Der englische Premierminister Asquith verlas unter lautem Beifall des Unterhauses ein Telegramm der Regierung von Kente'sud, in dem diese sich erbot, die Kosten für den dortigen Bau und die Bewaffnung eines erstklassigen Schlachtschiffes vom letzten Typ durch die englische Regierung zu tragen, und wenn spätere Ereignisse es notwendig erweisen ließen, auch die für zwei weiteren Schlachtschiffe desselben Typs. Die Antwort der englischen Regierung, die von Asquith ebenfalls verlesen wurde, gibt den wärmsten Anerkennung und der Dankbarkeit für das patriotische und hochherzige Anerbieten Ausrudd, und nimmt das Schiff an, das seine Entstehung offenbar der antideutschen Bewegung verdankt.

Stimmungsreicher Redner: Richard Gatten. — Redaktion und Expedition: ...

Stadt-Theater.

Donnerstag 7 1/2 Uhr: „Die Gaubersfide“.

Lobe-Theater.

Donnerstag 7 1/2 Uhr: „Die Dollardrinneffin“.

Volks-Vorstellungen im Thalia-Theater.

Donnerstag: „Eisenbahner Verein“.

Thalia-Theater.

Samstag 7 1/2 Uhr: „Alte Gräber“.

Schauspielhaus

Samstag 8 Uhr: „Die Förster-Christel“.

Liebig's Etablissement.

Olga Desmond

Viktoria-Theater.

Gastspiel Leonhardy Haskel.

Zeltgarten

Händler-Vorstellung

Palmengarten

Rosen-Fest in Nizza.

Einladung

Reformier 8 Pl.

Fahrrad!

2 X gebrauchte, nur 150 Mk.

Kalbfleisch

1 Pfd. 50 H.

Riesige Fänge!



Billige Preise!

Heute und morgen kostet: feinstes Cablian Vfd. 20 Pfg.

Trinkt Malzkaffee Bamf.

Anzüge

Ueberzieher, Anzahlung Nebensache! Möbel

Max Biermann, 52 Ring 52, I. Etage

Solidaria Fahrräder

Darwin 6 Aufsätze

Reform-Kino

PROGRAMM vom 24. bis 30. März. Wintersport.

Wilhelmsburg Mendorfstraße 54

Kansel's Etabliss., Pöpelwitz.

Verband der Bergarbeiter (Zahlst. Nieder-Altwasser)

Zahlstellen-Fest

Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten

Nur Fabrikpreise! Metall-Bettstellen

Frühjahrs-Bedarf in Schulen. Schlussstage des grossen Inventur-Verkaufes

Ausstattungs-Möbel

Schulbücher für die städtischen Volksschulen.

Erste und zweite Klasse. Liste of books and prices.

Dritte Klasse. Liste of books and prices.

Vierte Klasse. Liste of books and prices.

Fünfte Klasse. Liste of books and prices.

Die Gleichheit (Frauenzeitung)

Dresdener Nachrichten.

Dresden, den 26. März.

Geschichtskalender.

26. März.

- 1827 Der Komponist Ludwig v. Beethoven in Wien t.
- 1871 Proklamierung der Pariser Kommune.
- 1923 Bebel und Liebknecht in Leipzig wegen Hochverrats zu je zwei Jahren Gefängnis verurteilt.

An die Arbeiterkinder.

Am 31. März verlassen viele Tüzer Knaben und Mädchen die Volksschule, um, sobald es geht, Unterricht in der Fabrik, in der Werkstatt oder irgendwo in der Kreismühle des Erwerbslebens zu finden. Jahre, die den Kindern der Wohlhabenden noch zum Lernen, zum Vertiefen ihres Wissens bestimmt sind, müssen von den Arbeiterkindern zum Selbsterlernen genützt werden. Ob körperliche und geistige Gesundheit dabei ruiniert werden, ist im kapitalistischen Zeitalter eine Frage von untergeordneter Bedeutung. Die moderne Produktion verschlingt Kinderarme und Kinderfreunde, und die auf beschränkte Einnahme angewiesene Proletarierhaltung kann den geringen Verdienst der Kinderhände sehr gut gebrauchen. Mit diesem Stand der Dinge muß augenblicklich gerechnet werden. Auch damit muß gerechnet werden, daß das bishige Volksschulbildung, das man den Schulentlassenen mitgibt, nicht vervollständigt werden kann, wenn nicht mit eisernem Fleiß und mit Opfern Arbeit und Fleißstunden zu Hilfe genommen werden. Ein solcher Jüngling aber ist, wie widerstandslos, ohne den ersten Haß und Ehrgeiz, unerschütterlich seine Jugend durch wertlose „Vergnügungen“ und wird so zum schwächenden, charakterlosen Mann, der besonders für die Arbeiterklasse in unseren ersten Betrieben eine Gefahr bedeutet.

Hier will die Arbeiterklasse helfend eingreifen, will aus eigener Initiative ihren Nachwuchs weiterbilden, will auf der beschriebenen Grundlage der Volksschule die Bildungsarbeit an den Kindern des Proletariats weiterbetreiben. Aber wie an diese Kinder heranzukommen? Der Dresdener Jugendauschuss, eine von der organisierten Arbeiterklasse im Leben gerufene Organisation, versucht, eine dauernde Verbindung mit der Arbeiterjugend herzustellen. Der Versuch ist schwer, ist vielleicht gar nicht ausführbar, wenn nicht die politische und gewerkschaftlich organisierten Eltern hier freudig helfend eingreifen, ihre Kinder zu den Veranstaltungen des Jugendauschusses führen.

Ein erster Versuch in größerem Maßstabe, an die Lehrlinge und an die der Schule entlassenen Knaben und Mädchen heranzukommen, soll am 9. April, am Karfreitag, gemacht werden. In diesem Tage, Nachmittags 4 Uhr, findet im Restaurant „Schweizerhof“ in der Schweitzerstraße 23 für alle die jungen Leute eine Versammlung statt, in der Herr Redakteur Paul Lüde über „Arbeiterjugend und Arbeiterbildung“ reden wird. Soll diese Versammlung wirklich ihren Zweck erreichen, also Einfluß auf eine größere Gruppe von Jugendlichen gewinnen, dann müssen alle die Arbeiter, die mit für die Tätigkeit des Ausschusses verantwortlich sind, ihre Kinder oder ihre Lehrlinge auf die Veranstaltung aufmerksam machen, sie dafür zu interessieren versuchen. Die Gewerkschaften können und müssen hier einmal eine umfangreiche Werbearbeit leisten, wollen sie nicht, daß ihre Arbererschaft, als die doch der Jugendauschuss in Betracht kommt, zur Unfähigkeit verdammt ist.

Wir machen bei dieser Gelegenheit noch darauf aufmerksam, daß nach dieser Versammlung eine Reihe von Veranstaltungen in Aussicht genommen sind, die einen allgemein bildenden Charakter haben. Jede einzelne Veranstaltung wird an dieser Stelle bekannt gemacht.

Der Jugendauschuss der Dresdener Arbeiter.

Die Freie Jugendorganisation ein „politischer Verein“!

Bekanntlich ist man auf der Umwulmerstraße auf die gloriose Idee gekommen, daß die Dresdener Jugendorganisation ein „politischer Verein“ sei, weshalb zehn frühere und gegenwärtige Vorstandsmitglieder dieses Vereins mit Strafbefehlen über zwei bzw. vier Mark Geldstrafe bestraft wurden. Auf den erhobenen

Einpruch sprach das Schöffengericht jedoch frei, indem es nicht zu der Überzeugung kommen konnte, daß es sich um einen politischen Verein handele.

Gegen dieses Urteil hat der Staatsanwalt Berufung eingelegt, über die die Strafkammer am 5. Dezember verhandelte. Die Anklage fußt auf den Berichten der beiden Volkstammkommissare Kmetz und Kunert über je einen Vortrag, den die Genossen Radlof und Philipp gehalten hatten. Für den Vortrag waren in der Freien Jugendorganisation Reklamationen aus Schillers Werken vorgesehen gewesen, die aber von der Polizei als ein „Vergnügen“ betrachtet und verboten worden waren. Genosse Radlof hatte deshalb einen Vortrag über die Gewerkschaftsbewegung gehalten und dabei einleitend auch die Hungersnöte gestreift, die der 1848er Revolution vorausgingen. Nach unserer Meinung handelte es sich dabei lediglich um eine Schilderung historischer Tatsachen, während das nach der Auffassung der Polizei „Politik“ gewesen sein soll. Der Vortrag von Philipp handelte vom Jugendbesch, und sollte es hier Politik gewesen sein, daß der Redner Ausführungen dahin gehend gemacht hätte, daß wir das bishige Jugendbesch nicht als eine Wohltat erhalten hätten, sondern nur deshalb, weil der Staat Soldaten braucht. Sonst müßten selbst die Volkstammkommissare zugeben, daß der Verein in der Hauptsache unpolitischen Bildungszwecken dienlich ist. Aus diesem mehr als dürftigen „Beweismaterial“ gewann die Strafkammer die Überzeugung, daß die Angeklagten sich wider den Jugendbeschparagrafen des Vereinsgesetzes vergriffen hätten und es setzte gegen sie Geldstrafen in Höhe von drei und sechs Mark fest.

Gegen dieses Urteil legten zwei der Angeklagten Revision ein, über die Dienstag das Oberlandesgericht verhandelte. Dort wurde die Entscheidung der Strafkammer für rechtmäßig zutreffend erachtet und die Revision verworfen.

So offenbaren sich die Schönheiten des „liberalen“ Vereinsgesetzes immer deutlicher. Ob aber die jungen Arbeiter durch dieses Urteil dem „Vaterlande“ zurückgewonnen worden sind, ist eine andere Frage. Sie haben nur einen erneuten Beweis für die Bildungslosigkeit des heutigen Staates erhalten, so weit die Arbeiterjugend in Frage kommt, und werden natürlich nur um so eifriger zu „staatsgefährlicher“ Lektüre greifen.

Hochwasserschutzbauten.

Ueber die Ausführung des Hochwasserschutzgesetzes vom 3. Juli 1900 in den Jahren 1907 und 1908 wurde dem Provinzial-Landrats Bericht erstattet. Danach sind in der Flussbauverwaltung zurzeit beschäftigt außer 4 Landesbauinspektoren und 14 Provinzial-Bureaubeamten, 21 Regierungsbaumeister, 19 Regierungsbauführer, 7 Techniker, 21 Zeichner, 37 Schreiber, 31 Akquisiteure und 9 Aufseher. Im Laufe der Jahre 1907 war noch ein ziemlicher Mangel an Bauarbeitern vorhanden; der Fortgang der Arbeiten wurde dadurch und auch durch die Wiederherstellungsarbeiten infolge des Hochwassers erheblich aufgehalten, dagegen stellte sich im Jahre 1908 infolge des geschäftlichen Aufschwunges in der Industrie ein reichliches Angebot von Arbeitkräften ein. Der Arbeitsbetrieb und Arbeitsfortschritt war daher im Jahre 1908 auf allen Flussbaustellen weit lebhafter, als im Jahre vorher. Neben der Beschäftigung freier Arbeiter wurden ebenso wie in früheren Jahren unsere Arbeiter (Korrigenden, auch häusliche und Gerichts-Gefangene) verwendet. Grundsätzlich wurde der Standpunkt vertreten, daß der Landwirtsch. und Industrie Arbeiterkräfte durch die Bauausführungen des Ausbaues in schädlicher Weise nicht entzogen werden dürfen. Dies wurde dadurch erreicht, daß möglichst ausgebildete Arbeiter aus dem Arbeitshaushalt in Schloßwitz, Straßgandene aus den Anlagen in Görlitz, Striegnau und Ratibor und Gerichtsgefängnisse aus dem Gerichtsgefängnis in Reife beschäftigt wurden. Im letzten Jahre waren im ganzen rund 200 Arbeiterhäusler, rund 80 Straßgefängnisse und ebensoviel Gerichtsgefängnisse eingesetzt. (Obwohl Arbeitslofe genug vorhanden waren!)

Von den gesamten Bauarbeiten sind jetzt rund zwei Drittel durchgeführt. Die Entwürfe der Staats-Regierung vom Jahre 1898 hatten es sich zur Aufgabe gestellt, die mittleren Hochwasser zu führen. Obgleich die Provinzialverwaltung nur etwa 40 Prozent der hierfür veranschlagten Kosten für den endgültigen Ausbau zur Verfügung hat, konnten die Ziele des Ausbaues in sehr vielen Fällen nicht enger gesteckt, sondern mußten in vielen Fällen wesentlich erweitert werden. So wurde grundsätzlich versucht, alle Ortsteile vor den größten zu erwartenden Hochwassern vollständig zu schützen.

Nach diesem Prinzip sind im Gebiet des Bobers und Quets, der Biber im Landeshut, das Giersdorfer Wasser,

das Geldewasser, der obere Bader, der Quets bis zur Langwasserbrücke bei Friedeberg sowie die Quets bei Marklitz und Lauban bereits durchgeführt; andere Flussstrecken mit vollständigem Hochwasserschutz, wie der Biber in Buchwalde, Blasdorf und Johannisdorf, der untere Bader in Giersdorf, Gundersdorf, Giersdorf, sind im Ausbau begriffen; schließlich liegen annehmliche Entwürfe zum vollständigen Hochwasserschutz der Ortsteile Strummühl, Quereifen, Ansdorf gegen die Lomnitz und der Stadt Rahn gegen die Hochwasser des Bobers vor. Ein Entwurf für den möglichst vollständigen Hochwasserschutz der Stadt Giersdorf ist in Bearbeitung begriffen.

Im Gebiet der Ratzbach trifft dies zu für die Ratzbach durch Rauffung, Schönau und Niegitz und für die Strecken von Goldberg bis Dohau, ferner für die Wiltende Reiffe von Wargsdorf bis Rauber im Kreise Volkstheim, durch das Stadtgebiet von Zauer und endlich für die Schnecke Reiffe. Im Gebiet der Glaser Reiffe ist dieses Prinzip fast in allen Nebenflüssen der Reiffe; im Lauterbacher-Wasser durch Lauterbach, in der Wiffel in ganzer Länge, in der Reinerzer Weiffel durch Bad und Stadt Reinerz, in der Landeder Reiffe in ganzer Länge, in der Walditz durch Pöngs- walds und Ludwigsdorf, im Namitzbach und Gostzbach in ganzer Länge, im Krebsbach und im Grundwasser in allen an diesen liegenden Ortsteilen, in der Fretwaldbauer-Wiehe in ganzer Länge — mit Ausnahme einer Etzede unterhalb Pölnitz-Wiehe — durchgeführt und in der Reiffe selbst im Kreise Gabelschwerdt in allen Ortsteilen sowie in der Stadt Glas zur Anwendung gebracht.

Die volle Führung des Hochwassers wurde in den Ober- und Mittelläufen der meisten Flüsse erreicht, insbesondere überall da, wo ein einheitlicher gleichmäßiger Ausbau durchgeführt werden konnte. Nur da, wo ein Ausfüllen den angrenzenden Landereien keinen wesentlichen Schaden bringt, ist von dieser Forderung Abstand genommen worden. Ferner wurden zahlreiche Sammelbecken angelegt und an solchen, wo diese als die besten Hochwasserschutzmaßnahmen erkannt wurden. Wenn die Zahl und Ausdehnung dieser Sammelbecken nicht so groß ist, als von vielen Seiten gewünscht wurde, so ist dies hier, abgesehen von der örtlichen Unzulänglichkeit der Flussgebiete, dem Mangel an genügender Geldmittel die Schuld. Für Aufstaur-Anlagen ist eben in Preußen kein Geld da!

Immer noch Hochwasser.

Tausende jener Glücklichen, die tagüber Zeit haben, sehen sich jetzt täglich die Arbeiten am Hochwasser und Strauchwehre an. Am Mittwoch wallfahrten große Menschenmassen zur Abwechslung nach Morgenau, um hier die unendlich den Wasserlächen zu betrachten. In der Pappelallee nach Hedlitz strömt das Wasser, von der Ohle kommend, ungefähr 2 Fuß hoch über die Straße. Nach Schlämmen ist es hinter Hedlitz zwischen Pirschau und Neubaus. Dort geht es an verschiedenen Stellen den Weiden bis an den Rumpf. — Der Damm, welcher hinten am Morgenau nach Pirschau auführt, ist nur bis kurz hinter die sogenannte 2 Hf.-Brücke passierbar, da dort die Ohle den Damm überflutet. Hier konnte man ein vom Wasser verfolgtes Hässlein sehen, wie es ungehindert ohne Brückengeld über die 2 Hf.-Brücke davonkam. (Freitag vom Brückengeld über die 2 Hf.-Brücke alle im Dienste des Staates befindlichen Personen, laut Reglement an der Tafel. — D. V.)

Mittwoch Nachmittag fuhr ein mit mehreren Herren besetzter Dampfer Stromaufwärts, wahrscheinlich, um die gegenwärtige Situation zu überschauen. Trotz der schwimmenden Eischollen konnte man einen Waggel in der Nähe des Zoologischen Gartens, in ein Boot lebend, auf der Ober ruben sehen. Die Aufhäuser hatten sich auch Nachmittags infolge des Eisnasses auf der Ohle auch auf dem Laufweg über die Ohle zwischen Bismarckstraße und dem Wasserbehälter sowie bei dem Laufweg zum Margaretenstamm eingefunden. Bei letzterem ist das an der Brücke gelegene, rings vom Wasser eingeschlossene kleine Häuschen der Postbauerei von Robert Fabian sehr gefährdet. Nur noch wenige Zentimeter fehlten Mittwoch Abend, bis das Wassermassen in das Haus eindrangen. Infolge des Eisnasses der Ohle haben sich große Eischollen vor den Brückenpfeilern festgesetzt, da der Zwischenraum der Pfeiler, den Eischollen entsprechend, viel zu klein ist. Auf Rähnen sind Arbeiter bemüht, die festgesetzten Eischollen den Wassermassen um das Haus herum zuzuführen.

Auf der Ober selbst ist die Gefahr wieder verringert, da das Wasser wieder gefallen ist. In Ratibor stand es 5 Uhr Nachmittags 4,42 Meter (Hochstand 1903: 7,37 Meter), in Strappitz 4,72, in Oppeln 4,35 (gegen Mittags 13 Uhr: — 5 Zentimeter), an der Weifemündung 4,85 (1903: 5,99), in Bries zeigte 5 Uhr Nachmittags der Oberpegel 6,35, Unterpegel 5,20 (gegen Mittags + 3

Kunst, Wissenschaft und Technik.

160 Kilometer vom Südpol. Eine Sensationsmeldung kommt aus London. Danach hat die Expedition des Leutnants Shackleton auf dem Gebiete der Polarforschung außerordentliches geleistet. Der Forscher hat den Südpol zwar nicht betreten, aber er hat als erster von allen Menschen den Höhenzug geschaut, auf dem der geographische Punkt liegt, den wir Südpol nennen. Ferner ist ihm die wissenschaftliche Tat gelungen, den magnetischen Südpol zu bestimmen.

Die Resultate sind sehr bedeutend und lassen sich dahin zusammenfassen: Die Expedition ist bis zu 88 Grad 23 Minuten vorgekommen und hat dabei den südlichsten bisher von einem Menschen betretenen Punkt erreicht. Hier wurde der von der Königin von England gesandte „Union Jack“ gehißt. Diese Fahne ist nur noch 160 Kilometer vom Pol entfernt. Es wurde festgestellt, daß der geographische Südpol auf einem Plateau liegt, das sich bis zu dreitausendfünfhundert Meter über das Meeressniveau erhebt. Eine besondere Abteilung der Expedition bestimmte den Punkt, an dem der magnetische Südpol liegt. Ferner wurden zahlreiche Berge vermessen und der 4360 Meter hohe Vulkan Erebus beflogen. Es wurde auch ein Kohlenlager auf dem antarktischen Kontinent festgestellt.

Der wichtigste Teil der Expedition Shackletons bestand in einer 126 Tage währenden Schlitterreise, bei der 1780 Meilen zurückgelegt wurden, bis man bei 88 Grad 23 Minuten südlicher Breite und 162 Grad östlicher Länge ankam. An diesem Punkte erstreckte sich das Land noch Süden in einer weiten Schneefläche mit einer Höhe von 2500 Meter, ohne daß Berge zu sehen waren. Die gemachten geologischen Entdeckungen werfen ein bedeutendes Licht auf die Geschichte des antarktischen Kontinents. Sämtliche Teilnehmer der Expedition sind zurückgekehrt.

Aus aller Welt.

Verlagung im Nordprozeß Bremer. Der in Trier verhandelte Nordprozeß Bremer verfiel der Verlagung, da ein Geschworener in der letzten Nacht an Herzkrankheit erkrankt und für Erklärungsprozesse nicht gefordert war. Der Prozeß soll am Sonntag

Vormittag fortgesetzt werden; bis dahin hofft man, daß der Geschworene wieder hergestellt ist.

Es gibt keine Klassenjustiz! Das Schöffengericht in Straßburg i. El. verurteilte einen Arbeiter, der nach seiner Angabe unter dem Einfluß wirtschaftlicher Notlage „nutzwillich“ einen Feuermelder zertrümmert und die Feuerwehr zwecklos alarmiert hatte, zu fünf Monaten Gefängnis.

In der gleichen Verhandlung wurde ein Bankbeamter, der sich, wie sein Verteidiger ausführte, eine Art Studententum erlaubt hatte, wegen des gleichen Vergehens zu 800 Mark Geldstrafe verurteilt. Was der Arbeiter also mit der entsetzenden und freizeitletzenden Gefängnisstrafe sühnen muß, das darf der Herr Bankbeamte mit Geld büßen, was ihm jedenfalls nicht allzu schwer fallen dürfte.

Ueber das Hochwasser in Rußland meldet ein Telegramm: Die Ueberschwemmung in Südrussland wächst. Viele Dörfer sind so von Wasser bedeckt, daß nur noch die Rauchfänge der Häuten emporragen. Auf der Oberfläche des Wassers schwimmen Balken und ganze Strohdächer mit Menschen und Vieh. Alles Vieh ist den Bauern ertrunken, ebenso sind Futter- und Getreidevorräte fortgeschwemmt. Eine Reihe deutscher Kolonien steht ebenfalls unter Wasser. Die Zahl der Ueberschwemmungen in Zentral-Rußland beschränkt, wo unerwartet starkes Lanwasser eingetreten ist.

Er hatte sich noch nicht lächerlich genug gemacht — der Militarismus nämlich in der Episode des Hauptmanns von Rypenid. Jetzt kommt noch die andere Lächerlichkeit. Der brave Schuster Voigt, alias Hauptmann von Rypenid, ist doch immer ein sehr populärer Mann. Auch unter Soldaten. Ein militärisches Souvenir für den „Hauptmann von Rypenid“ hatte aber jetzt für eine Anzahl Angehöriger der Garakion Wärburg Able Folgen. Anlässlich des kaiserlichen Gastspiels des Schuhmachers Voigt in Wärburg erlaubten sich einige Soldaten den „Wig“, mit militärischem Souvenir an dem falschen Hauptmann vorbeizumarschieren und ihm ein „Grüß Gott, Herr Hauptmann!“ zuzurufen. Der Fall kam zur Anzeige und der Regimentschef verhängte gegen die wüßigen

Kollision der Kaiserfahrt „Hohenzollern“. Auf ihrer Ausreise nach dem Mittelmeer kollidierte die Kaiserfahrt „Hohenzollern“ gestern Nacht in der dichten Nebel westlich des Feuerkörpers Norderny mit dem norwegischen Dampfer „Por“. Der norwegische Dampfer sank sofort. Die Mannschaft wurde von der „Hohenzollern“ gerettet. Der Kaiserfahrt ist leichte Beschädigungen am Bug und Dampfke zur Reparatur nach Wilhelmshaven.

Nach ein Nordprozeß. Der langen Reihe von Kriminalprozessen, die sich in diesen Tagen abspielen, reiht sich in Kottbus ein Nordprozeß an, dem die von uns feinerzeit gemeldet: Ermordung eines jungen Mädchens auf dem Rittergut Reuthen bei Kottbus zugrunde liegt. Unter der Anklage des Mordes hat sich der 18 Jahre alte Wirtschaftseleve Merzel vor der Strafkammer des Landgerichts Kottbus zu verantworten.

Auf dem Rittergut Reuthen bei Kottbus, das der Inspektor Rouleau verwaltete, wies die Nichte des Inspektors, die fünfzehnjährige Frieda Sobel, zum Besuch, um die Wirtschaft zu erlernen. Auf dem Gute war der damals noch nicht 18jährige Wirtschaftseleve Merzel, der Sohn eines Gutbesizers aus der Pflempfals, tätig, der mit dem jungen Mädchen ein Liebesverhältnis anknüpfte. Als der Onkel Frieda Sobels eines Sonntags ihr den Umgang mit Merzel verbot, jagte das Mädchen endgültig von Merzel los. In den Völkerehrlichkeiten des jungen Mädchens gehörte es, morgens in aller Frühe die Milch im Keller zu verpacken, die dann mit der Bahn nach Kottbus geschickt wurden. Eines Morgens, als die Schweineanzüchter, um die zur Verwendung fertigen Milchkannen abzuholen, fanden sie das junge Mädchen mit der Milchkanne in der Hand im Keller des Wirtschaftsgebäudes tot vor. Der Verdacht lenkte sich sofort auf Merzel, um eine Hausdurchsuchung bestellte die Verhaftungsgründe. Bei ihm wurden blutige Handabdrücke und ein blutiges Taschenmesser aufgefunden. Merzel legte auch ein Geständnis dahin ab, daß er, nachdem Frieda am Sonntag sich endgültig von ihm losgesagt, den Entschluß gefaßt habe, das Mädchen zu ermorden. Er sei dann an dem Morgen zu ihr in den Keller gegangen, habe dem Mädchen eine Schürze über den Kopf geworfen und ihm mit seinem Taschenmesser den Hals durchgeschnitten. Die Schürze hatte er einem Stallknecht entwendet, um auf diesen den Verdacht zu lenken. Auch hatte er Handabdrücke angelegt, um keine Blutspuren an seine Hände zu bekommen.

Die Verhandlungen waren kurz. Das Urteil lautete: Der angeklagte Wirtschaftseleve Merzel wird wegen Tötung zu zwölf Jahren Gefängnis verurteilt. Er erklärte, die Strafe sofort antreten zu wollen.

Deutscher Reichstag.

238. Sitzung. Mittwoch, den 24. März, Nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsstisch: von Tirp u. von Schön.

Zweite Beratung des Marineetat's, beginnend mit dem Titel „Staatssekretär“.

Präsident Graf Stolberg: Wortmeldungen liegen nicht vor, der Titel ist bewilligt. (Beifalljubel der Freisinnigen unter Führung des Abg. Eichhoff.)

Abg. Singer (Soz.) (zur Geschäftsordnung):

Wir waren der Meinung, daß die Angelegenheit, welche seit einigen Tagen die öffentliche Meinung beschäftigt, die Differenzen in Bezug auf die Verhältnisse der deutschen Marineverwaltung...

Eine Reihe von Kapiteln wird debattelos bewilligt. Beim 21. „Instandhaltung der Flotte und Werften“ ergreift das Wort Abg. Severing (Soz.):

Wir hätten erwartet, daß die hochwichtige Frage der Stellungnahme der deutschen Regierung zu den Erklärungen der englischen Regierung heute erörtert werden würde.

Präsident Graf Stolberg (zu dem der Abg. Eichhoff einbringlich gesprochen hat): Ich bitte Sie, zum Titel zu sprechen.

Abg. Severing (Soz. fortfahrend): Zunächst etwas Persönliches. Ich hatte auf Ersuchen von Werftarbeitern eine Beschwerde an den Staatssekretär gerichtet. Ich glaube, damit der Marineverwaltung Entgegenkommen zu bewirken. Denn sie hat doch ein Interesse daran, daß nicht die Unzufriedenheit hier breit erörtert wird.

Im vergangenen Jahre nahm der Reichstag eine Resolution an, welche Förderung des Tarifwesens von der Marineverwaltung forderte. Mit der Erfüllung dieser Resolution steht es sehr trübe aus.

Der andere Teil der Resolution betraf die Mitwirkung der Arbeiterauschüsse bei Neuordnung und Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen auf den Werften.

Die Infanterie ist außerordentlich stark. Die Wöhne stehen in keinem Verhältnis zu den Lebensmittelpreisen am Ort. Ausbrüche kommen dort vor, die ich hier nicht vorbringen kann.

auf Beurlaubung. In Danzig wurden die Arbeiter zu Schreibstößen beordert, die nicht rechnen und nicht schreiben können. (Hört, hört! b. d. Soz.) Ob das im Interesse des Dienstes liegt, möchte ich bezweifeln.

Die Werkmänner sind stets bei der Hand, Arbeiterauschüsse mitglieder, die ihre Pflicht ernst nehmen, zu drangsalieren und zu schikanieren. Früher konnten solche schikanierete Leute sich wenigstens wehren lassen, neuerdings aber besteht ein Mangel, daß Gesuche um Veretzung einfach mit Entlassung beantwortet werden sollen.

Geheimer Admiraltitätsrat Harms hat das „einschlägige Material“ nicht zur Hand, kann deshalb auf die Beschwerden des Vortrainers nicht antworten, verdrückt aber Nachprüfung der Einzelfälle.

Der Etat von Kiautschau wird debattelos angenommen und eine Resolution auf Vereinfachung der Verwaltung dieses Schutzgebietes gelangt ebenfalls zur Annahme.

Bei den „einmaligen Ausgaben“ erklärt: Abg. Schrader (fr. Vag.): Die Frage des Stärkeverhältnisses unserer Flotte zu den anderen Flotten ist von so eminenter Bedeutung, daß alle Parteien der Meinung sind, diese Frage solle beim Etat des Reichskanzlers behandelt werden.

Präsident Graf Stolberg: Hiermit ist unsere Tagesordnung erschöpft. (Heute kein und Zustimmung.)

Nächste Sitzung Freitag 2 Uhr. (Zurückverlesene Positionen aus dem Etat des Innern und der Post, Invaliden- und Pensionsfonds, Automobilgesetz.)

Schluß 3 1/2 Uhr.

Die Branntweinsteuer.

In der Finanzkommission des Reichstages wurde die Generaldiskussion über den Branntweinsteuergesetzentwurf der Subkommission fortgesetzt.

Der preussische Finanzminister v. Rheinbaben hat, den Einzelstaaten nicht die Erhebungs- bzw. Verwaltungskosten der indirekten Abgaben noch mehr zu beschneiden, da ihnen weitere Lasten daraus entständen.

Das Zentrum erklärt sich durch den Abgeordneten Speck bereit, wenn sein Antrag, die Kontingentspannung auf 120 bzw. 140 Mark pro Hektoliter festzusetzen, nicht angenommen wird, für den Antrag Dietrich, der 110 Mark resp. 130 Mark festsetzt, zu stimmen.

Der Abg. Mommsen erklärte für die linksliberale Fraktionsgemeinschaft, ein Branntweinsteuergesetz, das die Liebesgaben nicht in ganz erheblichem Maße heruntersetzt, für unannehmbar und hielt den Konservativen entgegen, daß sie bei der ersten Lesung der Monopolvorlage sich gleichfalls mit einer wesentlichen Herabsetzung der Kontingentspannung einverstanden erklärt hätten.

Der Vertreter der Konservativen bemerkte darauf, daß man, wenn die Freisinnigen auf ihrem Widerstand beharren, sehen müsse, wo man eine Mehrheit fände.

Hierauf erklärt Dr. Weber, daß er für den Kommissionsvorschlag eintrete, weil er nicht die Absicht habe, ohne die Freisinnigen ein Gesetz zu machen.

Für die Freisinnigen nahm Dr. Wiemer das Wort und führte aus, es handle sich um eine tiefgehende, grundsätzliche Meinungsverschiedenheit über die Frage der Liebesgaben.

finnige Redner erklärt noch einmal die Bereitwilligkeit seiner Freunde auf der Grundlage des Entwurfes mitzuarbeiten.

Dann geht ein Antrag ein, der für die Erparnisse, die durch die Kontingent-Verabfolgung gemacht werden, einen Fonds zur Unterstützung notleidender Gewerbe anzulegen will.

Darauf wird die Debatte und die Sitzung auf Freitag, den 26. b. M., verlagert.

Die Tabaksteuer.

Die Sitzungen der Subkommission zur Beratung der Tabaksteuer sind zwar streng vertraulich, trotzdem ist ein Fachblatt in der Lage, über einen in der Subkommission gestellten Antrag nähere Mitteilungen zu machen.

Wenn Tabak im Ausland gekauft wird, und die Faktura infolge nicht von der dortigen deutschen Konsularbehörde beglaubigt, dann soll ein Zoll-Sonderzuschlag von 100 Prozent des Wertes eintreten.

Man will auf diese Weise Tabakindustrielle, die im Ausland direkt kaufen, dazu zwingen, dem Konsum die Möglichkeit zu geben, den auf der Faktura verzeichneten Einkaufspreis mit den Wiedereinkaufspreisen zu vergleichen.

Von sachmännischer Seite wird berechnet, daß die Mehrwertsteuer der Zigarettenfabrikation schon allein etwa 70 Millionen Mk. ausmachen würde.

Mittlerweile hat sich auch der Deutsche Tabakverein mit diesem Vorschlag befaßt und seine Stellung in einer Resolution niedergelegt. In derselben wendet sich der Tabakverein gegen die Verjüngung nach dem Fakturrewert und empfiehlt, einen Ausbau des bestehenden Gewichtszoll- und Steuerregimes.

Partei-Angelegenheiten.

Stadtverordneten-Wahlen. In der Nachwahl zum Stadtverordnetenkollegium in Offenburg vom Montag wurde Grasse Dötter und ein Nationalliberaler mit 58 gegen 48 Stimmen gegen das Zentrum gewählt.

Laßalleaner beim Reichsverband. Das „Hamburger Echo“ schreibt: Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein in Hamburg hat beschlossen, sich dem Hamburger Verband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie anzuschließen. Die Weltgeschichte macht diesem einen Witz. Aber ein so blutiger Kolauer ist ihr von der Tagesgeschichte wohl noch nicht besetzt worden: der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein als Mitglied des Verbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie! Nachdem der von Ferdinand Laßalle gegründete Allgemeine Deutsche Arbeiterverein im Jahre 1875 in die sozialdemokratische Partei übergetreten war und damit aufgehört hatte, zu existieren, haben es verschiedentlich brave Deutschen, die Laßalle in der Tasche befaßten hatten, aber deren geistiger Fundus nicht dazu ausreichte, ihren Meister und seine Lehren zu verstehen, und die darum wie Petrefakten auch absolut verständnislos allen ferneren Entwicklungen gegenüberüberdanden, versucht, einen neuen „Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein“ zu gründen, um in ihm „Laßalle's Wahrheit“ weiter zu pflegen.

Kunst, Wissenschaft und Technik.

Klara Wiebigs neues vieraktiges Schauspiel „Das letzte Glück“ hatte bei seiner Aufführung im Frankfurter Schauspielhaus einen sehr lebhaften Erfolg. Das Stück, dessen Aufführung die Dichterin bewohnte, machte sichtlich starken Eindruck auf die Zuschauer, die allen Vorgängen mit tiefer innerer Teilnahme folgten.

Aus aller Welt.

Das Urteil im Lehniner Mordprozess. Die Strafkammer in Brandenburg verurteilte den Amtsrichter Otto Schulze wegen Tötung seiner Mutter und Großmutter zu der gesetzlich zulässigen höchsten Strafe von fünfzehn Jahren Gefängnis.

Azulo abgeurteilt? Soeben ist in Rom ein schweres Verbrechen vermuthlich politischer Natur entdeckt worden. In einer Fremdenpension der Via Frattina, in der hauptsächlich Russen verkehren, war seit dem 28. Februar ein etwa 30jähriger Russe verschunden, der häufig Besuch von Landesknechten erhielt. Auch am 28. Februar war das geschehen. In jenem Tage sah die Witrin zwei dieser Besucher, die in schlechtem Italienisch angaben, sie gedächten alle zusammen einen mehrtägigen Ausflug an das Meer zu unternehmen; ihr Freund, der Meister, sei bereits vorausgereist. Seit diesem Tage hörte und sah die Wirtin von dem seltsamen Gaste nichts mehr. Da aber die Witze noch nicht bezahlt war, entschloß sie sich, jetzt im Zimmer nachzugehen. Bei dem Betreten des Raumes drang ihr ein größlicher Geruch entgegen, der aus einem in einer Ecke stehenden großen Koffer kam. Die sofort herbeigerufene Polizei erdach den Koffer und fand in ihm den in Verwesung übergegangenen Leichnam des russischen Meisters. Der Unglückliche muß, da der Körper keinerlei Wunde aufwies, vergiftet worden sein. Vermuthlich haben die beiden Besucher, die besonders häufig bei dem Meister verkehrten, ein schnell wirkendes Gift in die Speisen oder den Tee gemengt und nach dem Eintritt des Todes den Leichnam in den Koffer eingeschlossen. In Anbetracht der Tat vertritt man es schwerer, der Mörder, von dem man kaum ein oberflächliches Signalement besitzt, habhaft zu werden. Man nimmt an, daß der Ermordete das Opfer eines politischen Machterbes gewesen ist. Die Identität des Toten ist vorerst nicht festzustellen. Der Name, den

der Russe der Witrin angab, war Romanow. Man vermutet in Rom, daß hinter diesem „Romanow“ sich vielleicht der verlichene Wjewa verbirgt.

Ein Opfer seines Berufes. Ein sehr bekannter Dresdener Arzt, Hofrat Dr. v. Manold, ist am Montag gestorben. Kürzlich hatte Hofrat v. Manold den sächsischen Staatsminister Grafen v. Hohenhausen in Behandlung genommen, aber an einem Gichtgeschwür der Hüfte litt. Der Arzt nahm eine Operation dieser Geschwürs vor, und es scheint, daß er sich bei seinem operativen Eingriffe infiziert hat. In seinem Falle bildete sich ein eitriges Geschwür, das zu einer Eitlerung führte, ehe ärztliche Hilfe die Gefahr beizulegen konnte.

Kesselerplosion in Hamburg. Eine schwere Kesselerplosion ereignete sich gestern Vormittag auf dem Hamburger Hafen an dem Schleppdampfer „Eduard“ von der vereinigten Tischfabrikanten-Gesellschaft. Zwei Arbeiter wurden so schwer verletzt, daß einer von ihnen seinen Verletzungen bereits erliegen ist. Man nimmt an, daß ein dritter, noch vermisser Arbeiter ins Wasser geschleudert worden und dort ertrunken ist.

Mutter und Großmutter getötet. Der fürchtbare Doppelmord, der am Morgen des 2. Januar dieses Jahres die Bewohner des idyllisch gelegenen Ausflugsortes Kloster Lehnin in große Aufregung versetzte, beschlagnahmte die Strafkammer am Amtsgericht Brandenburg a. N. Unter der schweren Anklage, seine eigene Mutter und seine Großmutter mittels Beistehende getötet zu haben, hat sich der noch nicht 18 Jahre alte Amtsrichter Otto Schulze zu verantworten. Der Schauplatz des trüblichen Dramas ist ein Haus in der Ackerstraße in Lehnin. Hier wohnte der etwa 40 Jahre alte Postkammerer Schulze mit seiner Frau und seinen beiden Kindern, dem sechzehnjährigen Otto Schulze und einer vierjährigen Tochter. Seit Weihnachten wollte auch die Schwiegermutter zu Besuch bei ihren Kindern. Schulze, für den schon früh der Stiefvater, mußte gegen 6 Uhr aufstehen. So geschah es auch am 2. Januar und verließ kurz nach 6 Uhr die Wohnung. Frau Schulze lag zu dem Zeitpunkt zu Bett, wo auch das vierjährige Kind schlief. Kurz nach 7 Uhr wachte das Kind auf und als es die Mutter lebend neben sich im Bette liegen sah, sprang das Kind aus dem Bette und lief zu dem in der ersten Etage wohnenden Meisterschüler, die Mutter zu helfen, da diese so sehr kranke. Die Hausbewohner, die sofort in das Schlafzimmer der Schulze'schen Eheleute eilten, fanden hier ein graufiges Bild. Frau Schulze lag in ihrem Bette aus drei klaffenden Wunden blutend. In dem an der gegenüberliegenden Seite stehenden Bett lag die sechsjährige Schwiegermutter Schulze's, ebenfalls mit einer schrecklichen Stirnwunde. Der Schädel war beiden Frauen gelitten, so daß das Gehirn zu Rage trat. Die Frauen konnten nur noch schwache Lebenszeichen von sich geben und die junge Frau

Schulze brachte nur die Worte: „Geld, Geld!“ hervor. Er stellte sich bald heraus, daß eine Lade erbrochen worden war und etwa 150 Mark bares Geld fehlte. Die grauenvolle Ermordung rief in Lehnin die größte Aufregung hervor, umso mehr als zunächst keinerlei Anhaltspunkte für den Täter vorhanden waren. Allmählich lenkte sich der Verdacht auf den eigenen sechzehnjährigen Sohn des Schulze'schen Ehepaars. Ein aufgefundenes Klugzeug Raubmord mußte er als sein Eigentum anerkennen und weiter konnte er sich über das in seiner Wohnung versteckt gefundene Geld 5 Zweimarkstücke nicht ausweisen. Der junge Mensch stand sich schon lange nicht mehr gut mit seinen Eltern, da diese ein Verhältnis mit einem sechzehnjährigen Mädchen aus Michelsdorf, das dieser öfter besuchte und dann die halben Nächte wegblieb, nicht dulden wollten. Schulze wurde deshalb verhaftet und als man ein Fünftelmilch im Hofe aufgefunden, machte er die Angabe, daß in der Nähe der Hundehütte noch eine größere Summe vergraben liege, die aus einer früheren Fundunterkunft herühre. Hier wurden denn auch 122 Mk. aufgefunden, es stellte sich aber heraus, daß dieses Geld erst kurz vorher dort eingegraben sein mußte, denn es war in einer Blüte eingewickelt. Die Frau Schulz kurz vorher bei einem Kaufmann in Potsdam erhalten hatte. Schulze gestand dann auch die Mordtat schlieglich ein. In einem Schreiben, das er aus dem Untersuchungsgefängnis an seinen Vater gerichtet hat, erklärt er sein Verbrechen in folgender Weise: Er habe um den Vorwurf seiner Mutter zu entgehen, stehen wollen und zu diesem Zwecke Geld gesucht. Er wollte mit einem Teil des Raubgutes zutun, in diesem Augenblicke sei die Mutter dazu gekommen. Da sei sein Arm wie von einer anderen Macht hochgehoben worden und sei heruntergeschlagen. Das Teil sei in seiner Hand wie ein Gummiball gewesen, es sei immer auf und nieder gegangen. Da Otto Schulze bei der Begehung der Tat noch nicht 18 Jahre alt war, so konnte er nicht vor das Schwurgericht gestellt werden.

Mißglückte Dressur. Wir lesen in der „Deutschen Wochenzeitung für die Niederlande“: Ein Antwerpener Mann bekam einen jungen Hühnerhund, der leider nicht zimmerrein war. Gleich am ersten Tage beschämte er das Zimmer. Sein Herr wendete die bekannte Methode an: er rief die Rufe des Hundes in der „Miffel“ ein paar mal hin und her, packte ihn beim Genick und warf ihn zum Fenster hinaus in den Garten. Hiermit wiederholte sich der Fall. Als der Jäger zum nächsten Mal den Hund entließ, ereignete sich etwas Merkwürdiges: der Hund ließ, als er seinen Herrn neben sich sah, nach seiner eigenen Fassung zu, rief ihm die Schanze ein paar mal davon und sprang dann zum Fenster heraus. Man wird sich nicht wundern, daß diese unrichtigen Takte des Hundes über Zimmerwände seinen Herrn veranlaßten, die einen anderen Eigentümer zu übergeben.

Veranstaltung des am Dienstag in einer vom Sozialdemokratischen Verein Charlottenburg veranstalteten Versammlung einen Vortrag über „Revolutionismus und unser Programm“, zu dessen Schluss er zehn Forderungen zu einem neuen Parteiprogramm verlas, welche das sozialdemokratische Pressebüro verbreitet und die in der nächsten Nummer der „Volkswehr“ mitgeteilt werden sollen. Ferner erkennt in diesen Forderungen ausdrücklich die Zurückdrängung des kleinen Unternehmertums an und beklagt, daß der Abstand zwischen dem Einkommen der breiten Massen und dem Einkommen der Kapitalisten ungeheuer wächst.

Arbeiterbewegung.

Zur Bauarbeiterschutrage. Die württembergische Regierung beabsichtigt, eine Bauarbeiterschutrage einzuführen. Die Konferenz soll sich mit der Frage des Ausbaues der Arbeiterschutzhilfsbestimmungen befassen, und die Organisation der Unternehmer und der Arbeiter sollen offiziell in ihr vertreten sein.

Die Aussperrung der Metzgerarbeiter in den schlesischen Kommunen in Brandis bei Reibitz ist nach Verhandlungen der Gewerkschaftsleitung und der Verwaltung aufgehoben worden.

Die Zimmerleute haben an dem Neubau der Nordbrücke in Köln wegen Tarifverletzungen die Arbeit eingestellt.

Zum beabsichtigten Poststreik in Paris schreibt der „Vorwärts“: So erhebe eine der interessantesten Arbeitseinstellungen, die durch das baronische Verhalten Clemenceaus zu einem schmerzhaften Konflikt zu werden droht, mit einem bedeutenden Erfolg der Beamten. Die Regierung mußte einsehen, weil die Solidaritätsklärung der Arbeiter weitere Maßnahmen unmöglich machte. Der Streik, der eines Tages schwere Schäden im öffentlichen Dienst herbeiführen könnte, konnte unabhägbar Folgen nach sich ziehen, wenn eine Verdrängung des Sozialrechts die Arbeiter aller Staatsbetriebe zur Teilnahme aufgerufen hätte. Dies würde zu vermeiden, waren Clemenceau und Poincaré doch immer noch klug genug, und die Beamten, die während des ganzen Verlaufs des Streiks mühevoll die Disziplin und strenge Ordnung gehalten hatten, erlaubten ihnen den Rückzug. Die Frage des Rücktritts Poincarés scheint nicht so schwierig erledigt worden zu sein. Der Simonin selbst bald seine Gesandtheit mehr haben, das Postwesen Frankreich in Unordnung zu bringen. Da er tatsächlich als erledigt gilt, konnten die Streikenden formell ihre Forderung der Einstellung des Unterstaatssekretärs leicht fallen lassen. Ihre sachlichen Forderungen aber haben sie durchgesetzt. Die Forderung der Anwartschaftsverhältnisse, die den letzten Anstoß zum Streik gegeben hatte, ist rückgängig gemacht und Währungsfragen werden nicht erfolgen. Das bedeutet aber den Sieg der Beamten über die Sozialdemokratie der Regierung. Das die Feindschaft und die Kampfeslust der Beamten auch nach dem Streik, der so einmütig wie er begann, auch beendet wurde, nicht gelitten hat, bildet auch die Gewähr, daß die Beamten ihr Sozialkonstrukt gegen künftige Angriffe werden zu sichern wissen.

Aus Schlesien und Posen.

Rückgang des Kleingewerbes.

Die Monopolistische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Notwendigkeit zum Übergang des Kleinbetriebes. Dieser Satz unseres Programms wird von den Vertretern der heutigen kapitalistischen Gesellschaftsordnung heftig bestritten, obwohl wir regelmäßig über Vorgänge berichten können, welche die Richtigkeit unserer Lehre auf das klarste bezeugen.

Die Entwicklung der Freiburger Regulator-Uhrenindustrie ist geradezu ein klassisches Beispiel dafür. Trotzdem es erst um die 30 Jahre her ist, seit diese Industrie nach Freiburg verlegt wurde, hat sie doch bereits alle Stadien der kapitalistischen Entwicklung durchgemacht. In dieser Erkenntnis muß man ohne weiteres kommen, wenn man sich den Entwicklungsstadien der Uhrenindustrie vergegenwärtigt. Aus kleinen Anfängen in den 50er Jahren des vorigen Jahrhunderts ist die Uhrenfabrikation heute zu einer dominierenden Leistung gelangt, so daß jetzt circa 2000 Personen in ihr beschäftigt sind. Allerdings wurde diese Entwicklung wesentlich gefördert, durch Subventionen, welche der Uhrmacher und spätere Kommissionskonstrukteur erhielt. Nachdem auch die Post-, Telegraphen- und Eisenbahnverwaltungen Sonderrechte erhalten, nahm die Produktion einen raschen Aufschwung, so daß bereits im Jahre 1875 die Produktionszahl eine Million im Laufe der Jahre hat sie sich eine ganze Anzahl Genossenschaftsbetriebe gebildet, die sich ebenfalls mit der Herstellung von Uhren oder Uhrschäften befaßten und die mehrere hundert Personen beschäftigten. Aber es kam so weit: es kommen mußte und wie es die fortschreitende kapitalistische Entwicklung verlangte. Im Jahre 1898 wurde die langst geplante Fusion vollzogen. Fünf der größten Genossenschaftsbetriebe vereinigten sich mit dem Bedienungsbetriebe der „Vereinigten Freiburger Uhr-Aktiengesellschaft“ die heute in Bezug auf die Herstellung der Uhren das Monopol besitzt.

Die der Gesellschaft nicht beigetretenen Firmen beschränken sich auf die Herstellung von Uhrgehäusen. Trotzdem erst 10 Jahre vor der Gründung der Aktiengesellschaft vergangen sind, zeigen sich schon die Folgen der wirtschaftlichen Uebermacht des Großbetriebes über die Kleinbetriebe in erheblichem Maße. Ihre Zahl ist bis auf wenige zurückgesunken. Besonders die gegenwärtige Krise hat mit den Kleinbetrieben in der Geschäftstätigkeit arg aufgeräumt. Die noch bestehenden können sich nur durch Preisbeschränkung und Arbeiterentlassungen ansrecht erhalten. Noch nie haben die Organisationen in Freiburg eine derartige Zahl von Betriebsstellen in Vergehung gehabt, als gegenwärtig. Der Holzarbeiterverband zahlte im vergangenen Jahre an Orte allein 7000 Mark Arbeiterlosenunterstützung aus. Es hat sich aber auch gezeigt, daß sich die Zwergbetriebe in den Zeiten der wirtschaftlichen Depression nicht über Wasser halten können. Einer nach dem andern kam unter die Räder. Der Kleinbetrieb Vogel legte seinen Laden fast ins Ziel. Aus der Bekanntmachung des Amtsvorstehers ging hervor, daß die Forderungen der Gläubiger 7450 Mark betragen, wovon ein veräußerter Wagnershaus von 1500 Mark gegenüberstand, wovon noch die Gerichts- und Verwaltungskosten in Abzug gebracht werden! Der Metallfabrikant Geller sah sich ebenfalls vor kurzen gezwungen den Konkurs anzumelden. Im vorigen Jahre stillte der Fabrikant Giltwald, der selbst noch circa 20 Personen beschäftigte den Betrieb freiwillig ein, als ein Unheiliger im Kopfe gegen das Großkapital.

Und so wollen die Gegner immer noch bezweifeln, daß die Entwicklung des Großbetriebes zum Untergang des Kleinbetriebes führt? Wer nicht ganz mit dem Himmelssturz übereinstimmt, ist maß erkennen, daß die Lehren, welche die Sozialdemokratie aus der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung schöpft, die richtigen sind.

den zur Verfügung zu stellen, wenn sie als Arbeiterin und als „Mittelständler“ in einer Kampfkarte gegen das Großkapital kämpfen. Aber wer stellt? So weit reicht das politische Verständnis der Massen nicht, im Gegenteil wir sehen sogar, daß die „Mittelständler“ die Geschäfte der Großgrundbesitzer besorgen, indem sie kräftig gegen die Nachsteuer zu Felde ziehen! Was wenn die kleinen Steuerhunderttausende zu deren Gunsten hätten. Obige Konturzeichnung ist eine prächtige Illustration dazu.

Piegnitz, 25. März. Schwere Schicksalsschläge. Eine schwer himmelgefallene Familie ist die des Ob. Regierungsrates, Oberbürgermeisters Dertel von hier. Vor längerer Zeit sah ein Tochter durch Gift aus dem Leben, vor Jahresfrist erschoss sich ein erwachsener Sohn, und vor einigen Tagen mußten wir berichten, daß sich ein anderer Sohn, ein 31 Jahre alter Bankbeamter, der von einem Besuche im Elternhause nach Gleiwitz zurückkehrte, im Eisenbahnwaggon erschossen hat. Ueber das Wohl der unglücklichen Witwe verläutet nichts.

Piegnitz, 24. März. Eine Protest-Versammlung gegen die Millionenvermehrung an die Staatskasse findet am Montag, den 29. März, Abends 8 Uhr im Gewerkschaftshause, Winterbleiche, statt. Redner ist der Schriftsteller E. Vogtherr-Wiesbaden. Tagesordnung: 1. Kirchenherrschaft und die Forderungen des Lebens. 2. Freie Aussprache. Eintritt 10 Pf.

Piegnitz, 25. März. Lohnbewegung im Baugewerbe. Mit dem 1. April d. R. läuft der von den Bauern und Zimmerern mit ihren Arbeitgebern 1906 abgeschlossene Tarif, welcher 1908 schrittweise herabgesetzt und im Jahr verlängert wurde, ab. Seitens dieser beiden Arbeitnehmer-Organisationen ist man sich schlichtlich geworden, auch für die Folgezeit mit den Arbeitgebern wieder ein ähnliches Abkommen zu treffen. Hierzu gesellen sich diesmal noch die Bauhilfsarbeiter, welche 1906/08 zweimal vergeblich verhandelten, einen besondern Tarif zum Abschluss zu bringen. Die Zimmerer und die Bauhilfsarbeiter haben bereits in voriorer Woche zu den zu stellenden Forderungen Stellung genommen, während die Bauern, die stärkste beteiligte Organisation, sich in einer am Dienstag Abend im Gewerkschaftshause abgehaltenen, sehr gut besuchten Versammlung mit dieser Materie befaßten. Nach kurzer Diskussion wurden die aufzustellenden Forderungen in folgender, vom Vorstande vorgelegener Form, einstimmig genehmigt. Der Vertrag läuft bis April 1911. Der Stundenlohn, welcher im alten Vertrage 48 Pf. betrug — der Durchschnitts-Stundenlohn der Piegnitzer Bauern betrug in Wirklichkeit 27 Pf. — wird bis 1. April 1910 auf 51 Pf., bis 1. April 1911 auf 48 Pf. festgelegt. Ueberstunden sowie Sonntags-, Nacht- und Wasserarbeiten werden mit Zuschlägen von 10 bis 20 Pf. normiert. Auch Anwesenheit über 5 Kilometer Entfernung wird mit besonderen Zuschlägen bedacht. Die Jungverheirateten können, d. h. wenn diese damit einverstanden, 5 Pf. weniger Stundenlohn erhalten. Die tägliche Arbeitszeit bleibt unverändert. Die Wirtshausarbeiten 1 Stunde. Die Kündigungsklausel ist beiderseitig ausgeschlossen und dürfen Maßnahmen wegen Organisationsunzufriedenheit nicht erfolgen. Die Lohnzahlung und verbleibende andere untergeordnete Momente werden diesmal im Tarif gleichfalls festgelegt. — Seitens der drei beteiligten Organisationen hat man sich dahin geeinigt, daß zu gleicher Zeit, und zwar am 24. März, von jeder Organisation diese Tarifforderungen der betreffenden Unternehmer-Organisation gestellt werden. — Die Forderungen der Zimmerer sind dieselben, desgleichen auch die der Bauhilfsarbeiter, nur sind bei diesen die Stundenlöhne jeweils 10 Pf. niedriger angesetzt.

Schweidnitz, 21. März. Der Magauer Raubmord vor dem Schwurgericht. Vor dem hiesigen Schwurgericht begann am Mittwoch die Verhandlung gegen den 23jährigen Pferdewacht Herman Bauer, der am 20. Dezember vorigen Jahres den dreifachen Raubmord an dem Gutsbesitzer Schönfelder, dessen Frau und Tochter in Rogau begangen hat. Wegen Beihilfe mitangeklagt ist der 18jährige Pferdebesitzer Ernst Hohberg, der während der Ausführung des Verbrechens auf der Dorfstraße den Aufpasser spielen mußte. Der Anhang des Publikums zu der Verhandlung war außerordentlich stark. Schon in früher Morgenstunde drängten Hunderte auf dem Platz vor dem Landgerichtsgebäude und in den angrenzenden Straßen. Nur etwa 60 Personen gelang es, Zutritt zum Zuschauerraum zu erhalten. Im Gerichtsfaal sind mehrere Rente, Wohnungsgeld, ein großer Schließelstein usw. ausgelegt. Die Vorführung der Angeklagten erfolgte unter besonderen Vorichtsmaßnahmen. Bauer trägt kurze Hosen, die ihm im Gerichtssaale abgenommen werden. Er ist eine kräftige Gestalt und mißnet, zwischen zwei Gefängniswärtern stehend, mit hohler Miene das Publikum. Hohberg ist ein kleiner Purtsch mit wenig intelligentem Gesicht. Bereits die Auslösung der Geschworenen brachte eine Ueberraschung. Die Verteidiger erklärten sich nicht in der Lage, das Wechselsrecht ausüben zu können, da sich die Angeklagten einzig gefunden seien, das Ablehnungsrecht selbst auszuüben. Das Geschicht und Bauer tritt eine sorgfältige Auswahl unter den Geschworenen.

Sein Eintritt in die Verhandlung richtete der Vorsitzende an den Hauptbeschuldigten Bauer eindringliche Ermahnungen zur Ausübung der Wahrheit. Auf die Frage: „Haben Sie es getan oder nicht?“ entgegnete Bauer: „Nein.“ Dagegen legte Hohberg ein Geständnis ab, in dem er die ganzen Vorbereitungen, die Bauer zu der abscheulichen Tat getroffen hatte, genau schilderte. Nach diesem Geständnis Hohbergs erklärte Bauer mit größter Seelenruhe: „Was Hohberg ausgesagt hat, ist gänzlich unwahr! Ich bin der Meinung, daß das alles eine eingeredete Sache ist, das wie ich das glaubhaft machen soll, das kann ich nicht!“ Der Vorsitzende wies darauf hin, daß die Feststellungen der Geschworenenscommission alles genau so ergeben hätten, wie aus Hohbergs Geständnis hervorgehe.

Eine antreibende Wendung nahm die Verhandlung Donnerstags Vormittag. Als Zeugen vernommen werden zwei Strafgefangene, die mit Bauer in ein und derselben Zelle lagen. Diese bekennen ihn beratig, daß Bauer in rasender Eile herbeikam. Der Gefangene erzählte er genau, was er das beim Raub geraubte Geld verpacken habe. An der von ihm durch einen Küchlein bezeichneten Stelle auf dem Präfektenhofe wurde auch das Geld gefunden. Er äußerte ferner: „Wenn doch der Anhang der Hohberg, sich aufhängen hätte, das wäre gut für mich; da könnte ich ihm alles in die Schuhe schieben.“ In Bezug auf Freischein Schönfelders meinte Bauer: „Das war aber schade, das Mädel hätte eben sollen gleich ein paar Jahr vor den Kopf kriegen, dann hätte ich nichts mehr sagen können.“ Ferner drohte Bauer: „Wenn ich gefaßt hätte, daß mich der Gendarm so schnell haben würde, dann hätte ich mir den Jungen (den mitangeklagten Hohberg) herübergeholt und ihn im Stalle aufgehängt. Da wäre es wenigstens ein Bierfacher Mord gewesen! Das wäre mir dann auch egal gewesen, wenn sie mich auf das Schafot geführt hätten!“ Weiter meinte er: „Wenn ich die Wahrheit sage, dann gäbe es ja ein Todesurteil; aber wenn ich beim Streiten bleibe, dann gibt es doch 15 Jahre Zuchthaus.“ Darauf vollführte Bauer einen juristischen Zirkus. Er beschimpfte die Zeugen, lagte und flachte in die Hände und drohte den Gerichtshof mit dem an der Anklagebank beteiligten großen eifernen Leuchter niederzuschlagen. Als darauf der Bericht gegeben wird, Bauer

zu sehen, meißt er sich mit toller Kraft. Gefängnisbeamte versuchen, ihn mit Gewalt niederzubringen, doch Bauer wies sich nieder, schleudert sich gegen die Wände und sein Mitangeklagter muß, um sich vor dem Willenden zu schützen, die Anklagebank verlassen. Polizeibeamte, Gendarmen, Gerichtskiller müssen von allen Seiten die Anklagebank umkreisen. Ein Schmittmann packt dann Bauer von hinten und umklammert ihn mit Gewalt, während acht uniformierte und Kriminalbeamte, sowie Gefängnisangestellte immer noch die größte Mühe haben, den Willenden festzuhalten. Der Beamte setzen sich um ihn zu behalten ihn scharf im Auge. Erst dann bleibt er sich selbst nachgeben und beanthortet seine einzige Frage: „Vornenden mehr.“ Das zahlreich im Saale anwesende Publikum, dessen sich eine große Aufregung bemächtigte, wurde von Vorstehenden und den anwesenden Offizieren beruhigt und hielt sich dann auch ruhig. Die Verhandlung nahm dann ihr Fortgang.

Das Schwurgericht verurteilte nach zweitägiger Verhandlung Bauer zum Tode und den Pferdebesitzer Schönfelder wegen Beihilfe zu 5 Jahren Zuchthaus.

Rangenbühlau, 25. März. Vom Streit der Textilarbeiter. Der „Schl. Rg.“ wird mitgeteilt: Der Ausschuß des Verbandes Schlesiener Textilindustrieller E. W. hat in seiner Sitzung vom 22. d. Mtz. die Fortsetzung des von den Arbeitern beantragten Streiks für unberechtigt erklärt. Die durch die Verbandskommission vorgenommene Prüfung hat ergeben, daß die von der Firma im Laufe der Verhandlungen zugestandenen Lohnsätze die äußerste Grenze dessen darstellen, was von Seite der Unternehmung, wenn sie konkurrenzfähig bleiben soll, gewährt werden kann. — Was anderes war von den Scharfmachern natürlich nicht zu erwarten, trotzdem werden aber die streikenden Arbeiter nicht eher von ihren Forderungen abgehen, als bis sich die Firma dazu verstanden hat, ihnen Entgegenkommen zu zeigen.

Stanowitz, 24. März. Aus der Partei. Als Vorkämpfer des Wahlvereins wurde in der letzten Mitglieder-Versammlung der Steinarbeiter Genosse Albert Alexi gewählt.

Bübenberg, 25. März. Opfer des Scharfmachers. Der Gutsbesitzer Meyer aus Rangeneubosch hatte im Jagdwitz Steinbruch Mindehelle geladen und besand sich auf dem Nachhauseweg. Plötzlich brach das eine Pferd, welches wahrscheinlich schon geworden war durch ein entgegenkommendes Fuhrwerk, den Wagen rückwärts über das an dieser Stelle steile Böschung hinab, das andere Pferd mitreißend. Der Besitzer sprang vom Wagen und wollte die Stränge gerichneiden, was ihm anscheinend auch zum Teil gelang. Der Bacon war jedoch bei der steilen Böschung nicht zu halten und stürzte samt den Pferden in den kurzzeit ufervollen Pöcher. Unbegreiflicher Weise sprang Meyer dem Fuhrwerk nach, wahrscheinlich um die Pferde zu retten, wobei er sein Leben einbüßte. Die Pferde des Meyer ist bis jetzt noch nicht gefunden worden. Das eine Pferd ist durchgeschwommen und aufgefangen worden, das andere wurde unterhalb der Jagdwitzer Pöcherbrücke tot aus dem Wasser gezogen. Das Unglück ereignete sich gegen halb elf Uhr Vormittags.

Striegau, 25. März. Die Wahlrechts-Demonstration vor Gericht. Am 20. Januar stand auf der Tagesordnung der Stadtverordneten-Versammlung ein Antrag des sozialdemokratischen Wahlvereins auf Aufhebung des Bürgerrechts-Gesetzes. Und um den Stadtvätern zu zeigen, wer diejenigen sind, die das Wahlrecht verlangen, hatten sich die Steinarbeiter in großer Zahl auf dem Ring und im Sitzungszimmer der Stadtverordneten eingefunden und Hochrufe auf das Wahlrecht ausgebracht. Die Genossen Jäger, Brendel, Richter, Klemm, Langer und Pella sollen sich dabei nach der Aufforderung des Polizeikommissars, auseinanderzugehen, nicht entfernt haben und sollen unter Toben und Schreien um den Ring gezogen sein. Diese sechs Genossen standen deshalb am Mittwoch vor dem hiesigen Schöffengericht, der Teilnahme an einem Aufruhr und der Verübung ruhestörender Lärmes angeklagt. Alle Angeklagten bestritten sich im Sinne der Antikare schuldig gemacht zu haben und die Aussagen der fünf Polizeibeamten waren so unsicher und zum Teil sich widersprechend, daß jeder unbefangene Zuhörer auf Freisprechung rechnete. Trotzdem beantragte der Amtsanwalt gegen Langer und Pella je 500 Mark Geldstrafe oder einen Monat Gefängnis, gegen Jäger 100 Mark oder 10 Tage Gefängnis, Klemm 50 Mark oder 5 Tage, und Brendel und Richter je 30 Mark oder 3 Tage Gefängnis. Das Urteil lautete gegen Langer, Pella und Klemm auf je 45 Mark Geldstrafe oder 15 Tage Gefängnis wegen Aufruhrs, gegen Jäger und Brendel auf je 45 Mark oder 15 Tage wegen Aufruhrs und je 6 Mark wegen Erregung ruhestörender Lärmes und gegen Richter auf je 30 Mark oder zwei Tage Haft. Die Verhandlung hatte fast drei Stunden gedauert. Gegen das Urteil wird Berufung eingelegt werden.

Stumachan, 24. März. Rasch tritt der Tod den Menschen an. Einen plötzlichen Tod infolge Herzschlages erlitt Sonntag Abend während der Vereinskongregation des katholischen Gesellenvereins der Schlachthof-Tierarzt W. Wiebmann. Während eines Vortrages brach er zusammen und verschied.

Beiskretscham, 25. März. 50.000 Mark gewonnen. Der Gefangenenaufseher Moskwa spielte in der Woblschlotterie ein Los, auf das der Haupttreffer von 50.000 Mark gefallen ist.

Wiskupig O.S., 24. März. In Feuergefahr. Dienstag Nacht brach im Familienhaus 47 auf dem Boden Feuer aus. Das Dach ist vollständig niedergebrannt, zwei Personen sind dabei verunglückt, so daß die eine davon ins Lazarett geschafft werden mußte.

Schneidemühl, 25. März. Sittlichkeitsverbrechen. Der Freiergehilfe Köster wurde unter dem Verdacht, an einem siebenjährigen Mädchen ein sehr weres Sittlichkeitsverbrechen begangen zu haben, verhaftet.

Hohenfalsa, 25. März. Soldaten-Selbstmord. Der Musiker Herzberg von der 10. Kompanie des 140. Infanterie-Regiments hat sich Nachts in der Nähe der Melassefabrik von dem nach Thora fahrenden Zuge überfahren und töten lassen. — Schwarmut oder geistige Ummachtung sollen das Motiv sein.

Birnbaum (Posen), 24. März. Gründung eines sozialdemokratischen Wahlvereins. Erfolgreich erfolgte hier nach einem einleitenden Referat des Genossen Sindzius die Gründung eines Wahlvereins. In den Vorstand wurden gewählt die Genossen: E. Wollermann, als Vorsitzender, A. Roczny, Stellvertreter, S. Dirich, Schriftführer, Strauch, Kassierer.

Gute, billige Suppen

Herstellt man in kürzester Zeit und ohne weiteren Zusatz als Wasser

mit **MAGGI'S Suppen** Schürmarte Kreuzstern.

Man verlange ausdrücklich **MAGGI'S Suppen** mit dem „Arcuzer“.

Genau kräftig schmeckend und gehaltreich, wie die besten Fleischbrühsuppen.